

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 33.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 16. August 1913.

Redakteur: H. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieuwen, Krefeld. Tel.-Nr. 1338. Beleg.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Die kommenden sozialen Wahlen und ihre Bedeutung.

Wir stehen bekanntlich kurz vor den Wahlen zu den Ausschüssen der neu zu errichtenden bzw. neuorganisierten Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen. Die Neuwahlen zu den zugelassenen besonderen Ortskrankenkassen und den bestehenden geblienen Betriebs- und Innungskrankenkassen werden zwar etwas später, jedenfalls aber in der ersten Hälfte des kommenden Jahres getätigt werden müssen. Nach den Anordnungen des zuständigen Ministers sollen zudem die Vorstandswahlen zu den oben bezeichneten Krankenkassen spätestens in der ersten Hälfte des November und die Wahlen zu den Versicherungsämtern bereits in der zweiten Hälfte desselben Monats stattfinden. Die Wahlen zu den Oberversicherungsämtern müssen nach einer Verfügung desselben Ministers noch im Dezember dieses Jahres getätigt werden. Die Amtsdauer der Mitglieder der Ausschüsse und Vorstände der Invalidenversicherungsanstalten ist allerdings noch lezhin vom Reichskanzler bis zum Ablauf des Jahres 1914 verlängert worden, wohl deshalb, weil bei Wahrung der Wahlfristen eine solche Hinausschiebung des Amtsantritts der Wähler an den Invalidenversicherungsanstalten sich als notwendig erwies.

Der christlich-nationalen Arbeiterschaft kann es nun nicht gleichgültig sein, welche Personen die Ausschüsse der Krankenkassen demnächst besetzen werden.

Die Ausschüsse der Krankenkassen,

deren Mitglieder nach der RWD. jezt besser gewählt werden können (Höchstzahl der Arbeitervertreter 60), beschließen über alles, was nicht Gesetz, Satzung oder Dienstordnung dem Vorstand zuweist. Dem Ausschuss bleibt vorbehalten

1. Den Voranschlag festzusetzen, 2. die Jahresrechnung abzunehmen, 3. die Kasse gegenüber den Vorstandsmitgliedern zu vertreten, 4. Vereinbarungen und Verträge mit andern Kassen zu beschließen, 5. die Errichtung von Melde- und Zahlstellen zu genehmigen, 6. die Satzung zu ändern, 7. die Kasse aufzulösen oder mit andern Krankenkassen freiwillig zu vereinen. Der Ausschuss regelt außerdem die Melbung und Ueberwachung der Kranken, sowie ihr Verhalten durch eine Krankenordnung, ferner bestimmt derselbe wie für die Mitglieder, die sich nicht im Kassenbereich aufhalten, die Beiträge einzufordern und die Leistungen auszuführen sind und wie bei diesen auswärtigen Mitgliedern die Krankenüberwachung zu regeln ist.

Wir sehen hieraus, welche

eminient wichtigen Angelegenheiten

der Krankenkassen durch die Ausschüsse geregelt und bestimmt werden. Man denke nur an die Ausbaumöglichkeiten der Satzungen der Krankenkassen nach der neuen RWD. wie z. B.: Erhöhung des Krankengeldes bis zu 75% des Grundlohnes, Verlängerung der Dauer der Krankenhilfe bis auf ein volles Jahr, Gewährung von größeren Heilmitteln, Krankenloft, erhöhtes Hausgeld, erweiterte Wochenhilfe, Hebammen-dienste, ärztliche Geburtshilfe, Schwangerngeld, Stillingeld, Krankenpflege an versicherungsfreie Familienangehörigen, Wochenhilfe an versicherungsfreie Ehefrauen, Sterbegeld beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes, Erhöhung des Sterbegeldes bis zum 40fachen Betrag des Grundlohnes usw. Damit ist aber die Tätigkeit und Bedeutung der Ausschüsse der Krankenkassen keineswegs erschöpft: sie haben außerdem das Recht,

den Vorstand der Krankenkassen zu wählen,

und da die Vorstände der Krankenkassen die Versicherungsvertreter zu den Versicherungsämtern, diese wiederum die Wähler zu den Oberversicherungsämtern und Ausschüssen der Invalidenversicherungsanstalten wählen, ferner die Oberversicherungsamts-

beisitzer die „nichtständigen Mitglieder“ am Reichsversicherungsamt erklären, bilden die Ausschüsse das Fundament der ganzen Sozialversicherung. Ihre Zusammensetzung beeinflusst eben in ganz außerordentlichem Maße die spätere Besetzung der Ämter im vorbezeichneten behördlichen Instanzenzug.

Wie schon gesagt, wählen die Ausschüsse der Krankenkassen (mit Ausnahme der Landkrankenkassen) die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen. Die Vorstandsmitglieder wählen bei den Ortskrankenkassen

den geschäftsführenden Vorsitzenden und dessen Stellvertreter

aus ihrer Mitte. Bei den Betriebskrankenkassen ist der Betriebsinhaber oder ein von ihm Beauftragter per se Vorsitzender. Bei den Innungskrankenkassen wird der Vorsitzende und sein Stellvertreter vom Vorstand der Innung ernannt. Die Vorsitzenden der Landkrankenkassen werden von den Gemeindevertretungen gewählt.

Der Vorstand verwaltet die Kasse, schließt Verträge mit den Ärzten und Apothekern ab, stellt die Beamten der Kasse an und entläßt dieselben, stellt die Dienstordnung für die Angestellten auf, erwirbt, veräußert oder belastet Grundstücke, beschließt über die Errichtung von Krankenhäusern und Genesungsheimen, allerdings im Einverständnis mit dem Ausschuss.

Die Vorstandsmitglieder stellen den Wahlkörper für die Wahl der Versicherungsvertreter zu den Versicherungsämtern.

Die Versicherungsämter

haben außerordentlich wichtige und umfangreiche Funktionen zu erledigen. Sie haben die Geschäfte der Reichsversicherung als untern Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde wahrzunehmen und Auskunft in Angelegenheiten der RWD. zu erteilen. Sie erstatten Gutachten bei der Festsetzung des so wichtigen Ortslohnes, entscheiden bei Erfassungsprüchen und andern Spruchfachen. Ihre Aufgaben bei der Krankenversicherung sind: Aufsicht über die Kassen und Kassenverbände, Mitwirkung bei der äußern Organisation der Kassen; Entscheidung in Streitfachen und auf Beschwerden; Bestätigung von Kassenbeamten bei Streit; Genehmigung der Krankenordnung; Festsetzung des Wertes der Roh- und Hilfsstoffe bei Hausgewerbetreibenden; Befugnis in Straffachen. Bei der Unfallversicherung wirken die Versicherungsämter in erster Linie durch ihre Teilnahme an der Unfalluntersuchung, Mitwirkung bei der Bescheiderteilung und durch die Entscheidung einzelner Streitigkeiten mit. Ihre Aufgaben aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind: Entscheidung auf Anträge, Beschwerden, Streitigkeiten; Beteiligung an der Ueberwachung, Befugnis in Straffachen und Vorbereitung des Bescheides.

Den Versicherungsämtern sind also, wie aus dem Vorstehenden klar hervorgeht, die grundlegenden Aufgaben des ganzen behördlichen Instanzenzuges zugewiesen.

Die Oberversicherungsämter,

deren Wähler von den Wählern der Versicherungsämtern gewählt werden, sind die obere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde. In vielen Fällen ist das Oberversicherungsamt letzte und endgültig entscheidende Instanz. Und endlich steht das Reichsversicherungsamt, dessen Wähler, nichtständige Mitglieder genannt, von den Oberversicherungsamtsbeisitzern gewählt werden, als oberste Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde über den Oberversicherungsämtern. In Sachsen, Bayern und Baden sind die sog. Landesversicherungsämter bestehen geblieben, diese üben im Großen und Ganzen für ihren Landesbezirk die Funktionen des Reichsversicherungsamtes aus. Die Versicherungsämter wählen außerdem noch die Mitglieder des Ausschusses der Invalidenversicherungsanstalten, diese wiederum den Vorstand derselben. Außerdem wählen

die landwirtschaftlichen Versicherungsamtsbeisitzer die Versicherungsvertreter zur Begutachtung der landwirtschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften, die Oberversicherungsamtsbeisitzer (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen), die Versicherungsvertreter zur Begutachtung der gewerblichen Unfallverhütungsvorschriften.

Aus dem Gesagten geht also hervor:

1. daß die Organe der Träger und Behörden sich in allen Fällen, wo die Selbstverwaltung vorgesehen ist, sich stufenmäßig aufbauen;
2. daß die von den Arbeitern zu wählenden Vertreter tüchtige Leute, die mit einem gewissen Maß von Kenntnissen und Verantwortungsgefühl versehen sein müssen, wollen sie ihr hohes Amt zum Wohle und Segen ihrer Mitkollegen verwalten;
3. die versicherten Kollegen und Kolleginnen aber haben es in der Hand, geschulte und aufrechte Vertreter ihres Standes in den genannten Positionen hineinzuschicken.

Wir müssen uns daher als christliche Arbeiter diesmal in besonderem Maße bei den Wahlen ins Zeug legen. Es gilt auch nicht nur das hohe Interesse der Versicherten allein wahr zu nehmen, nein, es stehen auch noch andere Interessen auf dem Spiel. Es kann für unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung nicht gleichgültig sein, welchen Ausfall die kommenden Wahlen zeitigen.

Darüber ein andern Mal.

Nachklänge zum Bocholler Kampfe.

Die Aussperrung ist beendet — der Friede eingelehrt. Die von der Fabrikantenvereinigung vorgenommene Schwelung, die dem von den Arbeitern öffentlich eingenommenen Standpunkt gerecht wurde, ermöglichte die Einigung. In der Lohnfrage muß nun das Resultat der Verhandlungen der Einzelunternehmen mit den Arbeiterausschüssen abgewartet werden. Es läge sehr nahe, in einem Rückblick das Verhalten der Fabrikantenvereinigung vor und während der Aussperrung kritisch zu beleuchten. Dazu hat insbesondere die Leitung der Arbeitgeberorganisation Anlaß gegeben. Indessen wollen wir unsereits den Frieden nicht stören — möge auch die andere Seite alles tun, ihn aufrecht zu erhalten. Es ist etwas anderes, das uns die Feder in die Hand drückt:

Das musterhafte Verhalten der Arbeiterschaft.

Es war der erste größere Kampf, den die Textilarbeiter Bocholls und der Umgebung zu führen hatten. Ihre soziale Friedensliebe hatte sich tadellos bewährt, bis die Fabrikantenvereinigung durch die provokatorische Generalaussperrung das Signal zum allgemeinen Kampfe gab und tausende Friedensschläfer mit aufrüttelte. Das Solidaritätsgefühl, die Kameradschaftlichkeit, die echt westfälische Treue feierten Triumphe. Sie standen wie eine Mauer, unsere wackeren Mitglieder, die alten, erprobten und die neugewonnenen, die jungen; keiner hat die Solidarität gebrochen, keiner ist abtrünnig geworden. Keiner ging Sonderwege, jeder Schritt wurde in harmonischer Solidarität gemeinsam gegangen, jeder war bereit, seine Sonderwünsche der Gesamtheit unterzuordnen.

Es war eine Freude, konstatieren zu können, wie die Arbeiterschaft selbst die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht erhielt. Das Geschwafel des sozialdemokratischen „Textilarbeiter“ über Verstärkung der Polizei, über „Unterbringung fremder Polizisten“ u. war wie so oft in derartigen Fällen dreister Schwindel. Unser Verband hatte selbst zu Beginn des Kampfes zahlreiche Ordnungsmannschaften aus den eigenen Mitgliederkreisen bestellt. Sie hatten eine außerordentlich leichte Aufgabe. Es ist kein Fall von Außerordnung oder dergl. bekannt geworden, der zu einem Einschreiten Veranlassung gegeben hätte. Der Regierungspräsident zu Münster und der Bürgermeister von Bocholt haben das makellose Verhalten der Arbeiterschaft in lobenden Worten anerkannt.

Das Herz eines jeden Gewerkschaftsführers mußte sich auch erbauen an der stammigen Disziplin, die allgemein geübt wurde. Die Verbandsführer haben — unter Wahrung der Rechte des Zentralvorstandes — mit den Ortsgruppen-Vorständen, den Arbeiter-Ausschüssen und der Mitgliederversammlung nicht nur ständig einen engen Kontakt unterhalten, sondern in aller Offenheit und Freimütigkeit mit ihnen gemeinsam beraten und Beschlüsse gefaßt. Eine Disharmonie ist in keinem Falle zutage getreten. Dabei muß hervorgehoben werden, daß die Kollegen und Kolleginnen den Ernst der Lage stets vollkommen würdigten, jeden schädlichen Radikalismus vermieden und mit ihren Führern solbärdlich die Verantwortung trugen. Die entscheidenden Beschlüsse wurden in vollster Einmütigkeit gefaßt, und als die Ehre der Organisation es mit Rücksicht auf eine früher gefaßte Resolution erforderte, die Arbeit wieder aufzunehmen, da beschloß eine von über 2000 Mitgliedern besuchte Versammlung diese Maßnahme einstimmig. (Das sollen uns die Textil-Genossen-Maulhelden einmal nachmachen.) Selbstverständlich wurde jede Anordnung der Führer mit peinlichster Genauigkeit befolgt.

Das gegenseitige Vertrauen zwischen Mitgliedschaft und Verbandsführer ist während der ganzen Dauer des Kampfes auch nicht durch das kleinste Wölftchen getrübt worden. Diese Tatsache verdient umsomehr Würdigung, als mit Rücksicht auf die fortwährenden, von dritter Seite unternommenen Einigungs- und Vermittlungsversuche eine „Flucht in die Öffentlichkeit“ nicht angängig war. Als es schließlich infolge der einseitigen Haltung der Fabrikanten-Vereinigung dazu kam und stärkere Töne angeschlagen wurden, ging allerdings ein Aufatmen der Erleichterung durch die Massen. Wir freuen uns heute über diese Stunde, die den Bund des Vertrauens — hoffentlich für immer — besiegelt hat.

Alles in allem: unsern Hocholter und Aheber Mitgliedern kann das Zeugnis nicht vorenthalten werden, daß sie sich in diesem Kampfe nach jeder Richtung bewährt haben. Möge ihr gutes Beispiel Nachahmung finden.

Angeichts dieser feststehenden Tatsache kann uns das üde Geschimpfe der „Genossen“

völlig kalt lassen. An die Lügen und Verbrehungen der roten Presse hat sich die christlich-national gesinnte Arbeiterschaft allmählich so gewöhnt, daß sie sich dadurch nicht aus dem Konzept bringen läßt. Verwunderlich ist's ja nicht, daß die Sozialdemokratie dem christlichen Verbande die in Hocholt erzielten agitatorischen und materiellen Erfolge mißgönnt, sie entstellt und verkleinert. Das ist speziell für den „deutschen“ Textilarbeiterverband, der sich in roten Domänen schon so manche blamable Niederlage geholt hat und von seinen eigenen Mitgliedern in solchen Fällen die größten Beschimpfungen und sogar Tötlichkeiten gegen die Führer erleben mußte, vielleicht eine Notwendigkeit. Wie könnte er „seinen“ Leuten die Wahrheit sagen!? — Die würden ja ein ganz anderes Bild von den christlichen Gewerkschaften bekommen, als die Schwindelmeier es ihnen vorgemalt haben.

Die rote Presse heuchelt Entrüstung darüber, daß die Verbandsführer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes in Hocholt nicht zugelassen worden seien und nichts zu melden gehabt hätten. Ihr Freiheits- und Brüderlichkeits-„Gelbes“, kehrt doch gefälligst vor eurer eigenen Lüge! Da liegt soviel Unrat, daß ihr Arbeit genug findet. Wo ist denn die „Genossen“-Domäne, in der man die Beamten des christlichen Verbandes, wenn dieser nur mit wenigen Mitgliedern vertreten ist, zuläßt? Sollen wir mit Beispielen, besonders aus Sachsen-Thüringen zc. kommen? — Nein, solange sich die Herren „Obergenossen“ nicht zur praktischen Gleichberechtigung gegenüber dem christlichen Verbandsaufschwingen können, solange sie nur schwindeln und in gemeiner Weise schimpfen, anstatt ehrlich und vernünftig die Arbeiterinteressen wahrzunehmen, solange sie, speziell in Westdeutschland, nur verwirren, radikalisieren und im Trüben fischen wollen, kann man ihnen ein begründetes Beschwerderecht nicht einräumen.

Wie sie lügen! Dem Kollegen Heutmann sagte die Sozialistenpresse nach, er habe in einer Versammlung zu Hocholt erklärt:

„In Krefeld tobt ein Kampf der Textilarbeiter, der muttergütig geführt wird. Seit 14 Tagen stehen die Färber im Streik. Nehmen Sie (die Hocholter Arbeiter) sich ein Beispiel an den Krefeldern.“

Diese vollständig aus der Luft gegriffene Behauptung ist in der Düsseldorf Schwindelfabrik der „Genossen“ entstanden, und sie fand ihren Weg selbst in die entferntesten roten Käseblättchen. Kollege Heutmann hat in zahlreichen Verichtigungen den Schwindel aufgedeckt, aber manche Sozialistenblätter waren zu „wahrheitsliebend“, ihre falsche Mitteilung zu berichtigen. Andere nahmen die Korrektur zwar an, indessen hielten sie ihre Sägenmeldung unter verschwommenen Deuteleien aufrecht. Die Ehrabstneider!

Zum Schluß ein anderes Schulbeispiel für die Wahrheitsliebe der Genossenpresse. Das rote „Sächsische Volksblatt“ brachte am 31. Juli cr. einen total verlogenen Bericht über den elend verkrachten sozialdemokratischen Färberstreik in Krefeld. Darin heißt es:

„Die Arbeit wurde nach 17 Wochen in den Betrieben aufgegeben, wo die Unternehmer die Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter zusagten. In einigen Betrieben wurde

schon am Sonnabend nach Beendigung des Streikes gearbeitet. Ein Tarif wird nicht abgeschlossen; die Zugeständnisse, die nach der Behauptung der Streikbruchschriften bei einem durch ihren Verrat herbeigeführten erfolglosen Abbruch des Kampfes zurückgezogen werden sollten, bleiben im vollen Umfange bestehen. Die Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter ist fest zugesagt; die Einstellung erfolgt nach und nach. Die M.-Gladbacher und Hamburger Schiffer- und Fingegardisten fliegen heraus. Ein Teil wurde bereits am Sonnabend bei Aufnahme der Arbeit entlassen, der Rest soll entlassen werden, sobald die Ausschüsse die Aufnahme der Arbeit zugesagt haben.“

1. Schwindel: Die Unternehmer stellten die streikenden roten Färber nicht „sämtlich“, sondern nur nach Bedarf ein. Hunderte sind abgereist bezw. zu anderen Berufen übergegangen. Zur Zeit sind noch zirka 400 Beschäftigungslose in Krefeld vom roten Verband zu unterstützen.

2. Schwindel: Ein Tarif ist wohl abgeschlossen und zwar vom christlichen Verband. Nachher mußten die einzustellenden roten Färber diesen Tarifvertrag einzeln unterschreiben.

3. Schwindel: Die christlichen Arbeiter „fliegen“ nicht hinaus — wohl aber ist infolge schlechten Geschäftsganges wieder eine Anzahl roter Färber entlassen worden.

4. Schwindel: Ein Teil der während des Kampfes beschäftigt gewesen Arbeiter sei bereits sofort entlassen worden, der Rest solle entlassen werden, sobald die (roten) Ausschüsse die Aufnahme der Arbeit zugesagt hätten. Das ist die Höhe! Wer so lügt und schwindelt, hat keinen Anspruch mehr darauf, ernst genommen zu werden.

Die Massenstreik-Debatten in der Sozialdemokratie.

2. Durcheinander und gegeneinander.

Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. So möchte man unwillkürlich ausrufen, wenn man die Stellung des rechten und linken Flügels der Sozialdemokratie zur Frage des politischen Massenstreiks betrachtet. Bei der Debatte im Jahre 1905 bestand zwischen beiden Lagern in dieser Frage eine ziemlich reinliche Scheidung. Die Radikalen waren für, die Revisionisten und unter ihnen wieder vor allem die Gewerkschaftsführer waren gegen den Generalstreik. Diese Scheidung ist jetzt fast völlig verwischt. Wir finden nicht mehr zwei Richtungen, die einander geschlossen gegenüberstehen, sondern alles läuft durcheinander, so konstatierte Genosse Kautsky ganz richtig in der „Neuen Zeit“.

Genaujenseitschwommen wie bei verschiedenen Richtungen, sind in der Frage des Massenstreiks auch die Ansichten über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit des politischen Massenstreiks. Karl Kautsky unterscheidet nicht weniger wie viererlei Richtungen. Die eine propagiert den Massenstreik nach dem letzten belgischen Muster, eine andere nach russischem, eine dritte erklärt, weder ein belgisches noch ein russischer Generalstreik sei möglich, es gäbe überhaupt keine Möglichkeit eines Massenstreiks in Deutschland. Eine vierte Richtung endlich stimmt der dritten darin zu, daß ein Massenstreik in der Art der beiden Muster nicht möglich sei, schließt aber daraus nicht, daß der siegreiche Massenstreik in Deutschland überhaupt ausgeschlossen sei, sondern daß nur heute die Bedingungen noch fehlten.

Wie sich manche Genossen die praktische Durchführung des Massenstreiks denken, darüber liegen zwei Meinungen vor, die eine aus revisionistischem, die andere aus radikalem Munde. In seiner Wilmersdorfer Rede sagte der Genosse Franke:

„Es wäre ja denkbar, daß zuerst einmal zur Warnung die Arbeiter drei Tage hintereinander auf die Straße gehen; wenn das noch nicht hilft, dann könnte ja der Generalstreik als eine Art fliegendes Feuer ausbrechen. Vielleicht, daß zum Beispiel im Westen eines Tages hunderttausend Bergleute nicht mehr in die Grube fahren, und wenn sie zur Arbeit zurückgekehrt sind, es im fernen Osten zu glimmen anfängt, und dann im Norden, in der Mitte und überall, so daß die Herrschenden in Preußen ihrer Herrschaft nicht mehr froh werden dürften. Wir dürfen sie nicht mehr zur Ruhe kommen lassen.“

Einen ähnlichen Plan entwickelte die „blutige“ Rosa Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“, Sie schrieb: „Im Kampfe um das preussische Wahlrecht kann nicht irgend ein Massenstreik in Frage kommen, der uns nach 10 oder 20 Tagen geduldigen Streikens den Sieg beschereen soll, sondern eine lange Periode erbitterter und scharfer Kämpfe, mit mehreren Massenstreiks von verschiedener Dauer und verschiedenem Charakter, je nach der einzelnen Wendung des Kampfes und der allgemeinen Situationsdemonstrationsstreiks und Kampfstreiks, politische und wirtschaftliche Streiks. In einer solchen Periode gälte es, alle Momente auszunützen, die zur Aufpeitschung der Masse beitragen, alle größeren gewerkschaftlichen Konflikte, Arbeitslosenbewegungen und dergleichen, sich zunutze kommen zu lassen, namentlich aber die stummen Sklaven des Staates, die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Dienste aufzurütteln, um alle Energien der Masse wachzurufen, allen Horn, der in ihr bebt, in dasselbe Bett des politischen Kampfes zu legen und den Ungeßüm des Druckes aufs höchste zu steigern. Eine

derartige Aktion muß von Hause aus stürmischen Charakter haben, soll sie etwas ausrichten, soll sie die ganze wirkliche Macht der Volksmasse in die Waagschale werfen.“

Das klingt ja alles recht zuberichtlich, recht revolutionär. Aber zum Glück ist's doch nur Theorie und zwar eine recht graue, am Studiertisch ausgekollerte. In Wirklichkeit werden auch die sozialdemokratischen Massen kaum so hinverbrannt sein, eine solche Taktik mitzumachen. Wir fürchten, schon der erste Versuch würde ihnen berart schlecht bekommen, daß es ihnen nach einem zweiten nicht mehr gelüfete.

Nachstehend seien eine Reihe sozialdemokratischer Presseäußerungen zitiert, die das Durcheinander der Ansichten und Meinungen in der Frage des politischen Massenstreiks grell beleuchten.

In der „Neuen Zeit“ (No. 33, 1913), dem wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratie, stellt Genosse Meerfeld (Köln) einige recht pessimistisch klingende „nachdenkliche Betrachtungen“ über die Parteienentwicklung an, die sich auch mit dem Massenstreik befassen. Meerfeld meint, daß die deutsche sozialdemokratische Bewegung die Phase schon hinter sich hat, da sie an einen politischen Massenstreik denken konnte. Die deutsche Arbeiterschaft habe in ihren maßgebenden Schichten doch schon etwas mehr zu verlieren als ihre Ketten. Ferner seien die Gewerkschaften völlig auf die Gegenwart beschränkt; ihre Führer seien nüchtern rechnende Praktiker geworden, nur geleitet von dem Bedürfnis nach organischer Weiterentwicklung. Auf die aktive Unterstützung der überdies in allerlei Gesetzesmachten verstrickten Genossenschaften sei ebenfalls nicht zu rechnen, noch viel weniger auf jene der agnerischen Organisationen im Arbeiterlager. Auch die Partei sei der Gefahr der „Verbürgerlichung“ ausgesetzt, nicht zuletzt infolge der immer schwerer werdenden organisatorischen Rüstung. Wörtlich schreibt Meerfeld: „Wir sind allmählich ein wohlfunktionsrierender und wohlgeordneter Parteibetrieb geworden, worin für revolutionären Glanz kaum noch Platz vorhanden ist. Ein konservativer Zug hat sich eingeschlichen, und vom gewaltsamen Umsturz reden nur noch auf Stimmenfang bedachte böswillige Gegner.“ Kurz — nach Meerfeld ist's mit dem Massenstreik nichts.

Im tritt, ebenfalls in der „Neuen Zeit“ (No. 41 und 42) der Parteigelehrte, Genosse Kautsky, entgegen. Der ist optimistischer. Er teilt Meerfelds Bedenken nicht und sucht diese in einer langen Abhandlung zu zerstreuen. Kautsky hält den Massenstreik für möglich und notwendig — als äußerstes Mittel; dann nämlich, wenn das Reichstagswahlrecht oder das Koalitionsrecht bedroht ist, oder in dem Moment, wo es aussichtslos erscheine, durch einen energischen Stoß das wankende gewordene Regierungssystem über den Haufen zu werfen. Auch das preussische Dreiklassenwahlrecht könne den Massenstreik herbeiführen, sobald die Massen in dessen Beseitigung eine Lebensfrage erblicken. Die Massen so weit zu bringen sei nur möglich durch den Anschauungsunterricht von Tatsachen. Der soll ihnen durch die kommenden sozialdemokratischen Erfolge im Reichstage erteilt werden. (Das wird für die sozialdemokratischen Massen noch eine harte Geburtsprobe werden.) Im übrigen meint Kautsky, der Massenstreik sei nicht Vorbedingung für das weitere Vorwärtsschreiten der Sozialdemokratie, sondern im Gegenteil das Vorwärtsschreiten sei Bedingung des künftigen Massenstreiks.

Die Maßnahmen gegen die Teuerung im Lichte der Gewerbeinspektionsberichte.

I.

In einem Artikel der vorigen Nummer haben wir nachgewiesen, daß infolge der im Vorjahre herrschenden Teuerung sich nach dem Urteile der Gewerbeinspektoren im allgemeinen die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtert hat. Von besonderem Interesse sind nun die Berichte über die verschiedenartigsten Maßnahmen, die gegen die Teuerung ergriffen wurden, über die Wirkung, die sie gehabt und wie sie von den Arbeitern aufgenommen wurden. Um es vorweg zu sagen: die Maßnahmen haben sich im allgemeinen als unzulänglich erwiesen. Meistens beschränkten sie sich auf die Beschaffung billiger Seefische, weniger auf den Bezug von Fleisch und anderen Lebensmitteln. So berichtet der Beamte aus dem Bezirke Allenstein nur von einer größeren Stadt, die Seefische im großen bezog. Die Verkaufspreise waren halb so hoch wie im Kleinhandel. Um das Interesse der Arbeiterfrauen dafür zu wecken, ging dem Verkauf der Seefische eine öffentliche, praktische Unterweisung im Kochen voraus, die immer gut besucht war. Der Bericht aus Marienwerder meldet, daß einige Fabriken Fische, Kartoffeln, frische Heringe, auch Käse und Wurst für ihre Arbeiter kommen und zu billigem Preise an sie abgeben ließen. Nur aus einem Orte weiß er zu berichten, daß die Stadt russisches Fleisch eingeführt und verkauft habe. Aus dem Bezirke Potsdam wird berichtet:

Zur Binderung der Teuerung sind von den meisten Magistraten der größeren Orte und von einzelnen Firmen besondere Maßnahmen getroffen worden. Die größeren Vor-

orte von Berlin haben zum Teil durch Vermittlung des Berliner Magistrats an dem billigen Bezug ausländischen Fleisches teilgenommen und dieses teils durch städtische Angestellte, teils durch die am Orte ansässigen Schlächter zu einem Preise, der erheblich billiger als der Marktpreis war, verkaufen lassen. Andere Städte haben selbständig größere Lieferungen dänischen Fleisches abgeschlossen. Daß das Fleisch den ärmeren Klassen zugute gekommen ist, zeigt z. B. eine Zusammenstellung der Stadt Potsdam, nach der 70% des beschafften Fleisches in kleineren Mengen für Einzelbeträge bis zu 2 M., 18% für Beträge bis zu 2-3 M. und nur 12% für solche über 3 M. verkauft worden sind.

Dann macht der Bericht Mitteilung davon, daß in vielen Betrieben Beschaffungen von billigen Lebensmitteln und Brennmaterialien stattgefunden und daß die Arbeiter infolge der Teuerung von der gebotenen Gelegenheit ausgiebig Gebrauch gemacht hätten. Aber dann heißt es weiter:

„Allerdings haben nicht alle Arbeitgeber mit dem Versuch, ihren Arbeitern auf solche Weise billige Lebensmittel oder billiges Brennmaterial zuzuführen, gute Erfahrungen gemacht. Mehrere haben den Ankauf von Seefischen wieder aufgegeben, weil die Arbeiter ihre Güte bemängelten und die Abnahme so ungleichmäßig erfolgte, daß große Mengen verdarben. Auch die Ueberlassung billiger Brennmaterialien hat in einigen Fällen zu Mißständen geführt, da die Arbeiter die Brennmaterialien nicht selbst verbrauchten, sondern mit Gewinn wieder veräußerten.“

Ueber andere Erfahrungen berichten die Beamten aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. Einzelne Arbeitgeber hätten den Bezug von Kartoffeln und Fische in die Hand genommen. Zum Kauf der Fische waren die Arbeiter anfänglich schwer zu bewegen. Nachdem sie aber die Erfahrung gemacht hatten, daß der Seefisch bei guter Zubereitung recht schmackhaft und dazu bedeutend billiger als Fleisch ist, entschlossen sie sich zum regelmäßigen Bezuge.

Besonderes Interesse verdient, was aus Berlin berichtet wird. Den Bestrebungen der Arbeitgeber zur Beschaffung von Nahrungsmitteln im großen boten sich in Berlin viele Schwierigkeiten.

„Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sind hier im allgemeinen nur auf die Arbeitsstätte beschränkt. Besonders hindernd ist der Umstand, daß die Arbeiter meist entfernt der Betriebsstätte und in voneinander getrennten Stadtvierteln wohnen. So fehlt der Zusammenhang zwischen den in Fragen des Haushalts entscheidend bestimmenden Arbeiterfrauen. Gelegentlich macht sich bei den Arbeitern auch eine Abneigung bemerkbar, an den guten Absichten der Arbeitgeber mitzuwirken. Es ist auch vorgekommen, daß der gute Wille des Arbeitgebers eine glatte Ablehnung erfuhr. Immerhin sind gewisse und stellenweise recht beachtenswerte Erfolge erzielt worden.“

Dann wird berichtet über den Bezug von Seefischen seitens der Gemeindevorkantungen. Berlin und Vororte haben mit gutem Erfolge Seefische bezogen und sie durch 60 Fischhändler, „deren Ruf für das Gelingen des Unternehmens Gewähr bot“, verkaufen lassen. Es wurden strenge Kontrollmaßnahmen dafür geschaffen, daß auch die von der Stadt bezogenen Fische verkauft und sie nicht mit anderer minder gute Ware vermischt, daß richtiges Gewicht gegeben und die amtlich festgesetzten Preise eingehalten wurden. Fast die gesamte Zufuhr ist verkauft worden, in 81 Tagen 9696 Zentner Fische. In den östlichen Vororten Berlins hat sich die Arbeiterschaft abweisend verhalten.

Ferner haben Berlin und die Vororte aus Rußland Vieh bezogen, es dort unter veterinärpolizeilicher Untersuchung schlachten lassen und das Fleisch nach Berlin und Vororte bezogen. Hier wurde es nochmals ärztlich untersucht und dann in den amtlichen Verkaufsstellen in kleineren Mengen verkauft.

Die am 15. November 1912 aufgestellte Preisliste für Rindfleisch weist nachstehende Verkaufspreise auf: 1 Pfund Minderzunge 1 M., Rindfleisch 85 Pfg., Taig 40 Pfg., Suppenfleisch (Hülse) 50 Pfg., Ramm 65 Pfg., Brustfleisch 70 Pfg., Gehirne 75 Pfg., Blume (Oberhälft) oder Schwanzstück 80 Pfg., Koastbeef 90 Pfg., Silet 1 M.

In den drei letzten Monaten des vergangenen Jahres sind von dem eingeführten russischen Fleisch (ungerechnet Zungen, Lebern, Lungen usw.) zum Verlaufe herausgegeben worden 2106562 Pfund Rindfleisch und 1842785 Pfund Schweinefleisch. Das Publikum war mit dem russischen Fleisch sehr zufrieden. Die Güte wurde anerkannt. Bei der amtlichen Untersuchung wurden bei Rindfleisch nur 0,31%, bei Schweinefleisch nur 0,71%, also sehr wenig, beanstandet.

Dieses glückliche Gelingen des Unternehmens hat die Viehhändler, Viehschlächter und Metzger nicht schlafen lassen. „Sie haben lebhaft dagegen agitiert und besonders die Güte der Ware verbächtigt“, heißt es in dem Bericht. „Der Versuch, dem Publikum den Genuß des russischen Fleisches zu verweigern, führte zu heftigen Ausschreitungen gegen viele Schlächter. In Berlin ist diese Agitation ohne merklichen Einfluß geblieben und der Verbrauch nimmt zu, dagegen ist sie in den Vororten nicht ohne Erfolg geblieben, und scheint dort die Nachfrage nachzulassen. Immerhin ist die Einfuhr von großer Bedeutung für die Regelung des Fleischmarktes in und um Berlin gewesen. Wenn auch die eingeführten Mengen nur etwa 6% des regelmäßigen Bedarfs ausmachen, so hörte doch bald nach Beginn der Anlieferung die Aufwärtsbewegung der Preise des inländischen Fleisches auf, und kurz darauf trat auch ein merklicher Rückgang ein.“ Aus den Bezirken Stettin und Stralsund wird von größeren Maßnahmen zur Milderung der Teuerungsfolgen nichts berichtet. Einige Firmen hätten Seefische für ihre Arbeiter bezogen, doch sei es bei den Versuchen geblieben, weil die Arbeiterfrauen die schmackhafte Zubereitung der Fischspeisen nicht verstanden hätten. Bezeichnend für das Wohlwollen von Arbeitgebern aus dem Bezirke ist die Mitteilung, daß die

Arbeitgeber Kohlen nur an die Beamten abgeben, „da die Abmessung und Verteilung der von den Arbeitern gebrauchten kleinen Mengen sich vielfach als unständlich erwiesen hat“. Also aus Bequemlichkeit unterblieb es. Die Berichte aus Pösklin über die Teuerungsmassnahmen sind nicht des Erwähnens wert. Mehr ist schon in den Bezirken Posen, Düsseldorf, Köln u. a. geschehen. Doch darüber in einem Schlusssatz.

Allgemeine Rundschau.

Arbeitersekretär Emil Binkowski †. Kaum hat sich das Grab über unsern Kollegen Kraus vom christlichen Metallarbeiterverbande geschlossen, und schon müssen wir wiederum von dem Tode eines treuen Weg- und Kampfgenossen berichten. Am 21. Juli ist der Kollege Emil Binkowski, Arbeitersekretär des Bezirksverbandes der katholischen Arbeitervereine in Neisse, an den Folgen einer Blinddarmentzündung im Alter von 33 Jahren gestorben. Sein allzu früher Tod bedeutet für die christliche Arbeiterbewegung Schlesiens einen schweren Verlust. Binkowski war seit 1905 Arbeitersekretär in Neisse, hat insbesondere für die katholischen Arbeitervereine, für den Volksverein, dann aber auch auf politischem Gebiete im Sinne der Arbeiterbestrebungen eine rührige, verdienstvolle Tätigkeit entfaltet. Seit 1909 war er durch das Vertrauen seiner Mitbürger Mitglied des Stadtverordneten-Kollegiums in Neisse. Neben dieser vielseitigen Tätigkeit hat sich Emil Binkowski aber auch stets mit seiner ganzen Persönlichkeit für die christliche Gewerkschaftsbewegung eingesetzt und spez. für unseren Verband viel getan. Er war Mitglied des Verbandes der Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter und stand seit Jahren an der Spitze des Ortsstellens der christlichen Gewerkschaften in Neisse. Seine Verdienste um die Arbeiterschaft sichern ihm in der christlich-nationalen Arbeiterschaft ein dauerndes Andenken. Er ruhe in Frieden!

Unternehmertum und christliche Gewerkschaften. Die „Deutsche Industrie-Zeitung“ (Nr. 26, 1913) wendet sich in einem längeren Artikel gegen die Streiktaktik der christlichen Gewerkschaften, die dem Organ des Zentralverbandes Deutscher Industrieller absolut nicht gefallen will. Das ist verständlich und auch kein Grund zu einer Erwiderung. Etwas näher beleuchten müssen wir aber einmal die Gespinnstigkeit der Industrie-Zeitung wie auch anderer Unternehmerorgane, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit darauf hinweisen, daß die christlichen Gewerkschaften in ihrer Streiktaktik von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtung nicht zu unterscheiden seien. Zwischen den Zeilen ist da immer wieder herauszulesen, daß die Unternehmer von den christlichen Gewerkschaften ein von der sozialdemokratischen Taktik abweichendes, maßvolleres, besonneneres Vorgehen verlangen.

Das beanspruchen dieselben Unternehmer, die in ihren Maßnahmen zwischen christlichen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Organisationen keinen Unterschied kennen, ja die die christlichen Arbeiter oft noch schlechter behandeln. Wo haben die Unternehmer jemals den christlich organisierten Arbeitern gegenüber mehr Entgegenkommen an den Tag gelegt wie den Sozialdemokraten? Wo sind den christlichen Gewerkschaften einmal besondere Zugeständnisse gemacht worden, weil sie sich in ihrem Vorgehen von anderen Gesichtspunkten leiten lassen wie die sozialdemokratischen Klassenkämpfer? Nirgends!

Es läßt sich vielmehr eine lange Reihe von Fällen anführen, wo die Unternehmer mit besonderer Schärfe und beharrlicher Unveröhnlichkeit den Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften geführt haben, trotzdem letztere in ihrem Vorgehen sich die größte Mäßigung auferlegten. Erinnert sei hier nur an den Kampf in der Mendener Metallindustrie, wo die Unternehmerorganisation alle Nachmittel anwandte, um den christlichen Metallarbeiterverband zu unterdrücken; ferner an die Kampfstellung der münterländerischen Textilfabrikanten gegenüber dem christlichen Textilarbeiterverband, die jede kleine Regung der Arbeiter als Anlaß zu großen Massenauflösungen benutzten. Es zeugt auch nicht von Objektivität, geschweige denn von Wohlwollen der Unternehmer, daß sich die christlichen Gewerkschaften bei Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisationen sehr häufig die Berechtigung zur Teilnahme an den Verhandlungen, d. h. die Gleichstellung mit den sozialdemokratischen Verbänden erst mühsam bei den Arbeitgebern erringen müssen.

Die Unternehmer, die gegenüber den christlichen Arbeitern so handeln, sind aber anmaßend genug, besondere Anforderungen an die christlichen Berufsorganisationen zu stellen, und wenn die nicht erfüllt werden, die christliche Arbeiterbewegung zu verächtigen und mit den Sozialdemokraten in einen Topf zu werfen.

Sonderbare Sozialpolitiker. In den sozialdemokratischen Konsumvereinen Österreichs stehen sich die Angestellten und Arbeiter herzlich schlecht. Zu der ungenügenden Entlohnung kommt eine übermäßig lange Arbeitszeit. Das will die sozialdemokratische Presse Österreichs aber nicht gesagt haben. So bringen mehrere rote Blätter einen gleichlautenden Artikel, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen in ein günstiges Licht zu stellen. In dem Artikel findet sich u. a. folgender Satz:

„Für sämtliche Angestellten wurde die wöchentliche Arbeitszeit mit 61 Stunden begrenzt, so daß heute in den Konsumvereinen wenigstens die Arbeitszeit als sozialpolitisch durchaus angemessen bezeichnet werden kann.“

Das ist bezeichnend. 61 Stunden wöchentliche Arbeitszeit muß nach der sozialdemokratischen Presse als „eine sozialpolitisch durchaus angemessene“ Arbeitszeit angesehen werden. Aber sicherlich nur dann, wenn es sich um die sozialdemokratischen Konsumvereine handelt. Sonst wird die rote Presse eine derartige Anschauung doch wohl nicht gelten lassen wollen.

Der Verfasser des Artikels scheint aber von der Güte der Arbeitsbedingungen in den sozialdemokratischen Konsumvereinen nicht sehr überzeugt zu sein, denn sonst brauche er ja in den oben zitierten Satz nicht das Wort „wenigstens“ einzufügen. Durch diese Einfügung ist zweifellos festgestellt, daß die übrigen Arbeitsbedingungen in den Konsumvereinen noch schlechtere sind als in Punkt Arbeitszeit. Wie müssen die erst aussehen, weil sie die Bezeichnung „sozialpolitisch angemessen“ selbst nach der Auffassung jener „Sozialpolitiker“ nicht verdienen?

An der eigenen Nase halten. Während des Krefelder Färbereistreiks warf die sozialdemokratische Presse unserer Organisationsleitung vor, sie hätte den Beschluß über die Beendigung des Streiks dem Herrn Oberbürgermeister bereits vor der Abstimmung der christlich organisierten Färber übermitteln. Auf Grund dessen sollten wir unsere Färber verraten und verkauft haben. Dieser Vorwurf ist, wie wir schon oft betonten, eine Verleumdung.

Nun aber ein Gegenstück. In der Bewegung der Hamburger Werftarbeiter wurde im Einverständnis mit einer Konferenz der Werftarbeiter, so hieß es in der sozialdemokratischen Presse, durch ein nochmaliges Schreiben an die Werftbesitzer ein letzter Vermittlungsversuch gemacht. Die Zustimmung der Konferenz zu diesem Schreiben gab nachträglich den Organisationsleitungen mit Veranlassung, das disziplinierte Verhalten der Werftarbeiter zu verurteilen und ihnen die Unterstützung zu verweigern. Ueber die Art und Weise, wie diese Zustimmung zustande kam, lesen wir aber nun in der „Einigkeit“ (Nr. 31, 1913) folgendes:

Die Absendung dieses Schreibens wurde von der Konferenz nur beschlossen, „weil die meisten Teilnehmer wußten, daß das fragliche Schreiben bereits am Tage vorher an die Unternehmer abgeschickt war“.

Weiter schreibt die „Einigkeit“: „Diese Konferenz (der Werftarbeiter) am 13. Juli wäre zweifellos zum Streikbeschuß gekommen, wenn die Vorstände nicht schon vorher mit ihrem Schreiben den Delegierten die Hände gebunden hätten.“

In der Werftarbeiterbewegung haben die sozialdemokratischen Organisationen also wirklich das getan, was unserm Verbands in der Krefelder Färbereibewegung fälschlicherweise vorgeworfen wurde. Sie haben demgemäß nach dem Urteil der sozialdemokratischen Presse die Arbeiterschaft „verraten“ und „verkauft“. Darüber aber schweigt die rote Presse hübsch still.

Beteiligung der Jugendlichen an Unterrichtskursen. Ueber diese Frage bringt die neueste Nummer der „Jugend“, Korrespondenz für die Jugendarbeit in den christlichen Gewerkschaften, folgenden beachtenswerten Artikel:

Bei den Vorbereitungen auf die demnächst einsetzende Herbst- und Winterarbeit in den Gewerkschaften taucht auch die Frage auf, ob sich die jugendlichen Mitglieder der Gewerkschaften an den Unterrichtskursen beteiligen sollen. Auf diese Frage kann man keine allgemein gültige Antwort geben. In den ersten Jahren nach der Schulentlassung hält es sehr schwer, die jungen Leute für die ernste Arbeit der Unterrichtskurse zu interessieren. Es fehlt ihnen noch die Fähigkeit, sich ernsthaft in derartige Fragen zu vertiefen. Unter denjenigen dagegen, die bereits mehr als 17 Jahre alt sind, dürfte sich wohl der eine oder andere finden, der auch einem gewerkschaftlichen Unterrichtskursus mit Nutzen beizuwohnen kann. Man kann den Mitgliedern in diesem Alter es wohl anheimstellen, sich zu beteiligen. Nur soll man sie dann etwas nachsichtig behandeln und nicht allzu große Leistungen von ihnen erwarten. Nur vereinzelt kann man sie als Referenten oder Schriftführer verwenden, und auch in der Diskussion darf nicht viel von ihnen verlangt werden.

Zweckmäßiger ist es vielleicht, wenn neben dem allgemeinen Unterrichtskursus besondere Unterrichtsstunden für die jugendlichen Mitglieder eingeführt werden. In diesen Unterrichtsstunden wird dann ein Verfahren eingeschlagen, das von demjenigen der allgemeinen Unterrichtskurse dem Wesen nach etwas abweicht. Die allgemeinen Unterrichtskurse sollen in der Hauptsache Diskussionsabende sein, die Kurse für Jugendliche dagegen müssen als richtige Unterrichtsstunden ausgearbeitet werden. Bei ihnen liegt somit der Schwerpunkt nicht auf der Diskussion, sondern auf dem Referat, welches regelmäßig von älteren Gewerkschaftlern und insbesondere von den älteren Mitgliedern der Jugendkommission, die sich schon etwas in das seelische Leben der Jugend hineingearbeitet haben, erstattet wird. Natürlich wird der zu behandelnde Stoff vor allen Dingen dem gewerkschaftlichen Gebiete zu entnehmen sein, doch ist hier auf die Form der Einleitung des Stoffes besonderes Gewicht zu legen. Wir werden in den nächsten Nummern dieser Zeitschrift versuchen, nach und nach eine Reihe von praktischen Beispielen zu geben, wie man in solchen Unterrichtskursen den jugendlichen Mitgliedern den Gewerkschaftsgedanken in einer Form beibringen kann, die uns für diesen Zweck geeignet erscheint.

An das Referat kann sich dann selbstverständlich eine Aussprache der Teilnehmer anschließen; ja, man soll eine solche Aussprache möglichst herbeizuführen suchen. Dabei kann dann schon mal ein Auge zugebückt werden, wenn sich die Teilnehmer nicht so ganz an das Thema halten. Auch ist es wohl angebracht, in der nächsten Unterrichtsstunde von einem der Teilnehmer den Inhalt des Referats in aller Kürze wiedergeben zu lassen, damit sich die Teilnehmer allmählich an systematisches Denken und an den Vortrag gewöhnen.

Die Leitung bleibt selbstverständlich durchweg in den Händen des Referenten. Dieser kann die Aussprache dadurch befördern, daß er immer wieder Fragen stellt und so das Interesse der Teilnehmer rege erhält. Ebenso soll er die an ihn gestellten Fragen mit größter Nachsicht und Unpassung an das jugendliche Verständnis beantworten. Einen Schriftführer kann man ebenfalls wohl aus der Reihe der Teilnehmer bestimmen. Hier und da läßt sich eine besondere Stunde einschleiben, um die Jugendlichen an die Versammlungsformalitäten zu gewöhnen. Natürlich muß der Leiter oder das ältere Mitglied der Jugendkommission den jugendlichen Mitgliedern bei der Ausarbeitung von Referaten und auch bei der Niederschrift des Protokolls in jeder Weise an die Hand gehen. Das alles geht nicht ohne ein großes Maß von Geduld und liebevoller Versenkung in die jugendliche Eigenart.

Weg mit dem sozialdemokratischen Monopolvertrag. Der Tarifvertrag im Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe läuft mit Ende dieses Jahres ab. Dieser Vertrag besteht jetzt acht Jahre und hat deshalb in der Öffentlichkeit schon häufiger von sich reden gemacht, weil er ein sozialdemokratisches Arbeitsmonopol in sich schließt. Laut Bestimmungen des Tarifs dürfen nämlich nur Mitglieder der sozialdemokratischen Hilfsorganisation, des Sennfelderbundes, bei den tarifreuen Arbeitgebern beschäftigt werden. Da die Arbeitgeber alle ihrer Organisation angehören und am Tarif beteiligt sind, sind sämtliche Gehilfen gezwungen, dem sozialdemokratischen Verbands anzugehören, wenn sie in ihrem Beruf Arbeit und Brot finden wollen. Nicht nur die erwachsenen Gehilfen, sondern auch schon die Lehrlinge werden auf Grund dieses Arbeitsmonopols in die sozialistische Organisation hineingepreßt. Heute liegen die Verhältnisse so, daß Hunderte von christlich gesinnten Arbeitern dem sozialdemokratischen Verbande angehören, weil sie ihrem erlernten Beruf nicht Valet sagen wollen.

Ein derartiger Zustand sollte heutzutage in einem Kulturland unmöglich sein. Nicht nur die direkt beteiligten Arbeiter, sondern die ganze öffentliche Meinung sollte gegen einen derartigen Gewissenszwang Protest einlegen. Für den 4. August sind die Verhandlungen über die Erneuerung des Tarifs angekündigt. Es wäre wirklich an der Zeit, bei dieser Tarifierneuerung den unhaltbaren Zuständen im Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe ein Ende zu machen; zum mindesten müßten auch die Mitglieder

des christlichen Graphischen Verbandes als tarifberechtigt anerkannt und zugelassen werden; denn es ist wirklich ein Skandal, daß christlich gesinnte Arbeiter gegen ihren Willen und gegen ihre Ueberzeugung einer sozialdemokratischen Organisation angehören und dort Wochenbeiträge von M. 1,30 bis 1,50 bezahlen müssen, nur um Arbeit zu erhalten.

Welche Folgen sich übrigens daraus ergeben, daß die Lehrlinge und jungen Gehilfen der sozialdemokratischen Organisation zwingungsweise zugeführt werden, darüber braucht man sich nur durch einen Einblick in das Organ des Sennfelderbundes, „Die graphische Presse“, zu überzeugen. Dieses „freie“ Gewerkschaftsorgan übertrifft an Radikalismus und sozialdemokratischer Gesinnungstüchtigkeit manches rote Parteiblatt.

Auf dem Dresdener Kongress der christlichen Gewerkschaften 1912 ist gegen diese Gewalttätigkeit der sozialistischen Gewerkschaften energisch Einspruch erhoben worden. In einem Beschluß zur Arbeitsnachweisfrage heißt es u. a.:

„Scharf zu verurteilen und zu bekämpfen sind auch die Bestrebungen sozialdemokratischer Gewerkschaften, durch Abschluß von sogenannten Monopoltarifverträgen den nicht-sozialdemokratischen Arbeitern das Recht auf Arbeit zu unterbinden.“

Angesichts der bevorstehenden Tarifverhandlungen für das Chemigraphen- und Kupferdruckgewerbe muß noch in letzter Stunde öffentlich die Forderung erhoben werden: Fort mit dem sozialdemokratischen Arbeitsmonopol, fort mit dem Gewissenszwang! Das Recht auf Arbeit darf keinem deutschen Arbeiter verkümmert werden.

Fußtritte ins Kreuz. In Berlin fanden verschiedene sozialdemokratische Parteiverfassungen statt, die zur Frage der Massenstreiks Stellung nahmen. Die Gewerkschaftsführer drückten sich an der Diskussion und damit auch an einer bestimmten Stellungnahme vorbei, was ihnen übel vermerkt wurde. Der radikale Genosse Zubeil z. B. apostrophierte in einer Versammlung deren Verhalten laut „Vorwärts“ wie folgt: „Sie wollten wohl erst abwarten, bis das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften gesprochen hat; dann werden auf der ganzen Linie die Gewerkschaftsführer den Mund auf tun“. Sehr schmeichelt klingt das nicht. In einer anderen Versammlung meinte ein Redner, es sei ja zu verstehen, wenn die Beamten nicht gerne „aus ihrer sichern, guten Existenz herausgerissen sein wollen, denn sie wären die ersten, die ran müßten. Da helfe dann kein Mundspitzen, da müsse gepiffen werden“. Damit wird den Beamten vorgeworfen, sie wären aus rein persönlichen Interessen Gegner des Massenstreiks. Ein zweiter Redner meinte, die meisten Gewerkschaftsführer hätten die Fähigkeit zum preußischen Minister. Sie seien gar keine Sozialdemokraten mehr, die auf dem Boden des Klassenkampfes ständen. Ein dritter Redner bezeichnete den Massenstreik als ideellen Kampf. Auf einen Zuruf hin: „Der Idealismus fliegt ohne Geld zum Fenster hinaus“, erwiderte er prompt: „Ja, bei den Gewerkschaftsführern ist das der Fall“. Den letzteren werden diese Lebenswürdigkeiten nicht angenehm in den Ohren klingen.

Sozialdemokratische Gewerkschaften und Massenstreik. Den Führern der „freien“ Gewerkschaften ist die gegenwärtige Auseinandersetzung über den Massenstreik recht unangenehm. Das ist verständlich. Ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften wäre ein Massenstreik undenkbar. Die Gewerkschaften aber können sich auf einen Massenstreik nicht einlassen, weil sie dabei zuviel aufs Spiel setzen. Nicht nur daß ihre Kassen geleert und ihnen durch die Gesetzgebung Fesseln angelegt würden, ein verlorener Massenstreik würde auch mit einem Schläge zertrümmern, was die Gewerkschaften in jahrzehntelanger, mühevoller Kleinarbeit aufgebaut haben. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftspropaganda allerlei Bedenken äußert.

Mit bemerkenswerter Schärfe wendet sich der „Proletarier“, das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, gegen die Propagierung des Generalstreikgedankens. Vor allem legt er dar, wie unhaltbar der Hinweis auf den belgischen Generalstreik sei.

„In Belgien traf der Streik das ganze Land und damit ein abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet — in Preußen würde er nur ein Teilgebiet Deutschlands treffen. In Belgien war das Herz der Industrie, die Rohlengewinnung, so gut wie vollständig stillgelegt — in Preußen würden nur Bruchteile der Bergarbeiter aus den Gruben gehen. In Belgien richtete sich der Streik gegen eine in einem parlamentarisch regierten Lande auf eine geringe Mehrheit gestützte und obendrein in finanziellen Schwierigkeiten stehende Regierung — in Preußen würde er sich gegen einen parlamentarisch verkleideten, auf eine überaus starke und rücksichtslose Parlamentsmehrheit sich stützenden Absolutismus richten. In Belgien fand der Streik im Bürgertum, namentlich in der bürgerlichen Presse, teils Unterstützung, teils wohlwollende Neutralität — in Preußen hätte er das Bürgertum mit wenigen Ausnahmen gegen sich. In Belgien ist das Militär für die Regierung überhaupt, namentlich aber für die jetzige Regierung, eine sehr unsichere Hilfe — die preussische Regierung kann sich auf ihre Bajonette stützen. Das sind nur einige besonders hervorstechende Unterschiede zwischen Götten und Dräben. Was wir dagegen als günstig in die Waagschale zu werfen haben, ist wenig. Unseren besseren, kräftigeren Organisationen! Ja, damit steht es, speziell in Preußen, gar nicht so glänzend aus. Und überdies ist die Stärke der Organisationen nach Ansicht einiger Massenstreikprediger ein sekundärer Faktor.“

Die vom Genossen Dr. Frank empfohlene Massenstreiktaktik, bald hier, bald dort den Massenstreik zu inszenieren, bezeichnet der „Proletarier“ ganz richtig als „politisches Frochfeuerwerk“, das sich in Preußen nicht machen lasse.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“, das Organ des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, bringt dem politischen Massenstreik ebenfalls „keine Sympathie“ entgegen. Sie lehnt ihn aber nicht grundsätzlich ab. Sie ist für energischen Gebrauch der Waffe des Massenstreiks, wenn es gilt, bedrohte Grundrechte der Arbeiterschaft (Reichstagswahlrecht, Koalitionsrecht) zu verteidigen. In diesem Fall, meint das Blatt, würden die Massen auf diese Weise erregt, ungestüm zur Abwehr drängen. Es wäre ausichtslos, sich dem Strom entgegenzustellen. Soll der Massenstreik aber als Angriffswaffe zur Erreichung größerer politischer Rechte dienen, dann sei es ganz besonders nötig, die Chancen für den Erfolg abzuwägen. Für einen Massenstreik zur Eroberung eines freigeitlichen preussischen Wahlrechts herrsche unter den Massen

Eine Knospe!

Armes Kind, kaum zählst du vierzehn Lenze,
Und schon weißt du hier im Arbeitsraum!
Draußen flücht der Frühling Blütenkränze,
Und im Festhymn prangen Strauch und Baum.

Parte Knospe, ach, zu früh entrißen
Wurdest du der Kindheit Paradies.
Und wie schmerzlich wird dein Herz vermiffen
All die reinen Freuden, die's verlieh.

„Schaffen nur, hier gilt kein ländelnd Scherzen!“
Spricht zu dir des Lebens strenger Mund.
Mag die arme kleine Hand auch schmerzen,
Von der ungewohnten Arbeit wund.

Möge nie der Jugend Rote bleichen,
Die so rosig dir die Wangen malt —
Wie der Himmel holder Unschuld weichen,
Der so wolkenlos im Aug' dir strahlt.

Gottes Engel möge dich bewahren!
Er bewahre dir den Kindersinn;
Mög' er schätzen dich in den Gefahren
Und dich führ'n zur ewigen Heimat hin.

Barmen.

Kollegin Maria Hahn.

Wollfärberei.

Während alle vegetabilischen Geffinnstofffasern gegenüber den meisten Farbstoffen nur eine geringe Anziehungskraft zeigen, ist die Aufnahmefähigkeit verschiedener animalischer Fasern so stark, daß bei einigen Farbstoffen, insbesondere den Teerfarbstoffen, schon das bloße Eintauchen des Materials in eine Lösung des Farbstoffes zur Erzeugung einer mehr oder weniger intensiven Färbung genügt. Zum weiteren Auffärben des Färbemittels bedarf es dann nur der allmählichen Steigerung der Temperatur. Die bei den vegetabilischen Fasern durchweg unumgängliche notwendige Beize ist bei der Wolle nur bei einer kleinen Anzahl Farbstoffe, den sogenannten natürlichen Farbstoffen, sowie den Alizarinfarbstoffen, erforderlich.

Trotzdem müssen die physikalischen Eigenschaften der Wolle und das Verhalten gegen die verschiedenen zur Anwendung gelangenden Mittel mit größerer Sorg-

falt als bei den Pflanzenfasern ins Auge gefaßt werden. Die Struktur und Beschaffenheit des Wollhaares beeinflusst den Färbeprozess. Je üppiger und gesunder das Wollhaar ist, desto größer ist das Aufnahmevermögen für Farbstoffe, während im entgegengesetzten Falle mehr Neigung zum Nachlassen (Bluten) der Farbe vorhanden ist.

Die Schönheit und Fülle des erzielten Farbtönen ist aber auch in hohem Maße von der Wollgattung, bzw. der Wollqualität, abhängig. Harte und grobe Wollsorten, auch die dem glatten Haar ähnelnden Arten, wie Cheviot- und Mohairwolle, sind nicht so leicht und schön zu färben, wie die gekräuselte Merinowolle und ähnliche Primaqualitäten. Färbt man unter genau gleichen Verhältnissen ein Stück aus deutscher Schurwolle und ein solches aus Port-, Philipp- und Sydnemwolle, so wird man finden, daß die Stücke aus erstgenanntem Material viel intensiver gefärbt sind. Die feine elastische Wolle nimmt aber nicht nur mehr Farbstoff auf, auch die Farbtöne fallen feuriger und voller aus. Der Charakter der Schuppen ist bei diesen feineren Arten weniger hornartig, mithin poröser und elastischer.

Soll die Wolle mit helleren Farben aufgefärbt werden, so ist die Reinheit des Materials als auch der natürlichen und künstlichen Beimischungen von weit größerer Bedeutung, als bei Pflanzenfasern, und viele Fehler, die erst beim späteren Verspinnen oder gar erst bei der Appretur hervortreten, resultieren aus der ungenügend ausgeführten Vorwäsche und der mangelhaften Behandlung beim Färben selbst.

Die Wolle wird in allen Formen gefärbt. Im unverspinnenen Zustand, als Flockenwolle oder als lose Wolle wird sie für die Herstellung der zu wolkenden Streichgarnstoffe gefärbt, weil bei dem nachfolgenden Verspinnen durch die Krepel ein Faden gebildet wird, in welchem die Farben sehr ausgeglichen werden, so daß das fertige appretierte Gewebe ein höchst gleichmäßiges Aussehen erhält. Derartige Gewebe sind besonders geschätzt, weil die betreffende Farbe notwendiger Weise „echt“ sein muß, nachdem die Färbung den vielerlei Einwirkungen des Prozesses hat Widerstand leisten müssen. Auch hat man bei diesem, in der Wolle gefärbten Gewebe die Gewähr, daß der Faden durchgefärbt ist und sonach das Produkt, trotz aller Abnutzung, die Farbe möglichst lange beibehält. Namentlich bei dunkelgefärbten Tuchsorten (Militärtüchern) die starken Reibungen und Abnutzungen ausgesetzt sind, ist das Färben „in der Wolle“ besonders

am Platze. Auch Kammgarnstoffe werden neuerdings in der Wolle gefärbt und wird hier die Kammwolle nicht als lose Wolle, sondern in Form des sogenannten Kammgarnes (dem strähnigen Wollband, Halbfabrikat des Kammgarns) gefärbt. Die für die Wirterei, wie für das Sticken und Stricken bestimmten Garne werden fast ausschließlich in Garnform gefärbt. Dagegen werden seit einiger Zeit verschiedene Gewebe „im Stück“ gefärbt. So werden beispielsweise die mannigfachen „Damentücher“ nie anders als im Stück gefärbt. Selbst bei hellfarbigen Stoffen wird das Färben im Stück dem Färben in der Wolle vorgezogen. Häufig entspricht aber diese stückgefärbte Ware nicht den Anforderungen, der Stoff wird trotz des angewandten echten Farbstoffes vorzeitig grau. Dieser Mangel macht sich namentlich bei solchen Stücken bemerkbar, die aus hartgedrehtem Garn verfertigt sind, oder auch bei besonders dicken oder gut gewalkten Stoffen, weil hier die Färbung in die inneren Teile des Gewebes nur mangelhaft einzudringen vermochte.

Die Tatsache, daß in der Praxis der Wollfärberei fast alle Farbstoffe, die natürlichen und künstlichen, mit wenigen Ausnahmen Verwendung finden, erklärt sich aus der großen Aufnahmefähigkeit der Wollfaser gegenüber den Farbstoffen. Von den Teerfarbstoffen sind namentlich mit den sauren Farbstoffen recht gute Resultate erzielt worden, und neben diesen sind die Alizarinfarbstoffe zu immer größerer Bedeutung gelangt, so daß die basischen Teerfarben für die Wollfärberei ihre Bedeutung fast gänzlich verloren haben. Mineralfarbstoffe sind bei der Wollfärberei gänzlich ausgeschlossen. Von den sogenannten natürlichen Farbstoffen sind besonders Indigo, Cochenille, Blauholz, Gelbholz und vielleicht auch Krapp hervorzugeben.

Infolge der verhältnismäßig leichten Färbetechnik sind auch die zum Beizen der Wolle gebrauchten Mittel nicht groß. In der Regel beschränkt man sich auf die Verwendung der Lonerde und der chromsauren Salze. Zinnchlorür (Zinnfals) und ähnliche Verbindungen sind gegenwärtig von geringerer Bedeutung. Von weiteren Salzbeizen werden schwefelsaures Eisenoxydul (Eisenbitriol) und schwefelsaures Kupferoxyd (Kupferbitriol) benutzt. Als Beize für die sauren Teerfarben dient vorwiegend das saure schwefelsaure Natrium (Weinsteinpräparat) oder dessen Ersatz das schwefelsaure Natrium (Sauerfals) und Schwefelsäure. Einige bestimmte Farbstoffe lassen sich mit Fluorchrom allein oder in Verbindung mit Oxalsäure besonders vorteilhaft beizen.

zu wenig Begeisterung. Der Streik würde kein allgemeiner werden. Die Arbeiterschaft hätte nicht nur die Staatsgewalt und die gesamte Bourgeoisie gegen sich, auch viele Unorganisierte, die christlich organisierte Arbeiterschaft und das Heer der Eisenbahn- und Postangestellten würden nicht mitmachen. Es wäre nicht möglich, den Verkehr zum Stocken zu bringen. Ein Haste sei sicher.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ bezeichnet schließlich die Zustimmung, sich ernstlich mit Kampfmethoden zu beschäftigen, deren Diskutierung vor Jahrzehnten, in der Kindheitsperiode der Arbeiterbewegung, allenfalls verständlich gewesen wäre, als einen Rückschritt. Nicht der Massenstreik, nur die zähe unermüdete Agitation für den Ausbau der Organisationen führe zur Erfüllung der Arbeiterwünsche.

Genossen unter sich. Eine eigenartige Beleuchtung erfuhr die sozialdemokratische Brüderlichkeit wieder einmal auf der kürzlich stattgefundenen Landesversammlung der württembergischen Sozialdemokratie. Die demokratische „Frankf. Ztg.“ (Nr. 208, 1913) berichtet darüber:

„Mit einem bitteren „ich klage an“, hat gestern der Reichstagsabgeordnete Hildenbrand die sozialdemokratische Landesversammlung geschlossen. Hildenbrand, der noch die Tradition der Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg verkörpert, verläßt seine Heimat, vertrieben durch die jahrelangen Beschimpfungen und Beleidigungen, die er von den Stuttgarter Radikalen hat ertragen müssen. Auch seine frische elastische Natur, der der Kampf ein Lebenselement ist, ermüdete unter den Methoden der Radikalen. Es hat auch gestern nicht an Beispielen dieser Methoden gefehlt. Von der „kleinlichen kläglichen Leithammelerei“ an, mit der untergeordnete Geister den Abgeordneten ihre Diäten vorrechnen oder einem fähigeren Redakteur der Tagewacht vorhalten, daß er sich nach jahrzehntelanger Arbeit ein Häuschen hat erbauen können, bis zu der größten Beschimpfung des Abgeordneten Reil durch den ersten politischen Redakteur der „Schwäbischen Tagewacht“ Crispian. In diesem Kampfe sind alle Mittel berechtigt: die nämlich Redaktion der Tagewacht, die für sich die Freiheit der Ueberzeugung reklamiert, macht ihren Redaktionskollegen, der zu den Gemäßigten gehört, mundtot. Sie, die durch einen Kapuss eine schwere Verleumdung eines gemäßigten Abgeordneten hat passieren lassen, beißt sich nicht etwa nach den Grundfäden einer anständigen Journalistik selbst sofort ihr Bedauern über den Vorfall auszusprechen, nein, sie verweigert sogar dem Verleumdeten eine sofortige Zurückweisung.“

Nach demselben Blatte hat Genosse Hildenbrand, der bisherige Vorsitzende des Landesverbandes, sich zum Abschied wie folgt geäußert: Er scheidet mit blutendem Herzen, aber er habe in den letzten Jahren so viele Wirrungen und so Widerwärtiges erfahren müssen, so viele persönliche Beleidigungen und Beschimpfungen von Parteigenossen auf sich nehmen müssen, daß er es seiner Gesundheit und Familie schuldig sei, ein neues Arbeitsfeld zu suchen. Genosse Hildenbrand hat dieses neue Arbeitsfeld in der sozialdemokratischen Volksfürsorge gefunden.

„Freie“ Gewerkschaftler als Streikbrecher.

Kürzlich ging ein vom „freien“ Metallarbeiterverband geführter Gießereiarbeiterstreik bei der Firma Rautenstrauch in Wald bei Solingen verloren. Ueber die Gründe dieser Niederlage erzählt der sozialdemokratische Solinger „Stahlwarenarbeiter“ (Nr. 24 1913) u. a. folgendes: „Andere Gießereien des Solinger Industriebezirks stellten Streikarbeit für die Firma Rautenstrauch her, und es waren Mitglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes selbst, die daran arbeiten mußten. Ob das der Grund war, weshalb man mit einer blamablen Niederlage vorlieb nahm, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir wissen nur, daß sich die Former eines Betriebes noch 14 Tage vor der bedingungslosen Streikaufhebung mit der Hoffnung getragen haben, sich mit ihren Kollegen bei der Firma Rautenstrauch solidarisch erklären zu können, nach einer stattgefundenen Versammlung aber nichts mehr verlaun lassen.“ — Demnach haben sozialdemokratische Metallarbeiterverbändler Streikarbeit geleistet und dadurch die Niederlage ihrer eigenen Verbandskollegen herbeigeführt. Nebenbei wie beim Färberstreik in Krefeld, wo die roten Färber monatelang hartnäckig streikten, während ihre eigenen Verbandsgenossen in Oberfeld Streikarbeit verrichteten. Eine sonderbare Solidarität und Brüderlichkeit!

Vertretertag des rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine in Mülheim a. d. Ruhr.

Im hiesigen evangelischen Vereinshause traten am 3. August die Vertreter der rheinisch-westfälischen evangelischen Arbeitervereine zu ihrer in der Regel jährlich stattfindenden Vertreterversammlung zusammen. Außer den 330 Vertretern nahmen zahlreiche Gäste an der Tagung teil, sodaß etwa 400 Personen anwesend waren.

Der Verbandsvorsitzende Pfarrer Niemeyer (Giesinghofen) erläuterte nach der Eröffnung durch Gebet und Kaiserhoch den im Druck vorliegenden Jahresbericht. Darin sind zunächst die auch für die evangelischen Arbeitervereine wichtigen öffentlich-politischen Ereignisse der letzten beiden Jahre behandelt: Reichstagswahl, Ruhrbergarbeiterstreik und Gewerkschaftsstreit. Bei der Reichstagswahl im vorigen Jahre hatten die evangelischen Arbeitervereine mit dafür gejorgt, daß die Sozialdemokratie im Ruhrgebiet ihre bisherigen Mandate verlor. Der Bergarbeiterstreik und der Erzgrütafreik haben den evangelischen Arbeitervereinen Gelegenheit geboten, die Massenübererschaft mit der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung praktisch zu betätigen. An dem Beschluß von 1905, wonach die Vereine den Mitgliedern den Eintritt in die christlichen Gewerkschaften empfehlen, solle auch in Zukunft festgehalten werden, trotz aller Angriffe der Selben. In der Sozialgesetzgebung dürfe kein Stillstand eintreten. Weiter behandelt der Bericht die

Jugendfrage, die der Verband in den letzten beiden Jahren neu in sein Arbeitsprogramm aufgenommen hat, und die Volksversicherung. Der Verband hat sich in der Berichtszeit sehr gut entwickelt, die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig 49402, die 263 Vereinen angehören. Der Jugendbund zählt rund 1200 Mitglieder. Der „Evangelische Arbeiterbote“ erscheint in einer Auflage von 24000 Stück. Die Zahl der Verbandssekretäre stieg auf 11. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 11683,38 M. und eine Ausgabe von 8627,11 M. auf, sodaß ein Bestand von 3056,27 M. verbleibt. Die Sterbefälle hatte im Jahre 1912 Einnahmen: 85698,66 M., Ausgaben: 59474,54 M. Der Ueberschuß betrug mithin 26224,12 M. Die Kasse, der 27000 Mitglieder angehören, besitzt ein Vermögen von 300000 M. Die Besprechung des Jahresberichts drehte sich hauptsächlich um die Jugendfrage.

Darauf wurde die Stellung des Verbandes zu den gelben Wertvereinen beraten. Nach kurzer Erörterung nahm der Verbandstag mit 312 gegen 15 bei 3 Stimmenthaltungen folgende Entschlieung an: „Der Verband evangelischer Arbeitervereine für Rheinland und Westfalen hat die Wertvereine in keiner Weise angegriffen. Dagegen sind von deren Seite wiederholt die schärfsten Angriffe gegen ihn erfolgt, namentlich auf die leitenden Persönlichkeiten. Es ist sowohl im Organ „Der Wertverein“ wie in der Versammlung der Wertvereine zu Düsseldorf die Forderung auf Beseitigung unserer Führer erfolgt, und die Mitglieder sind aufgefordert worden, zu diesem Zweck in die evangelischen Arbeitervereine einzutreten und in ihnen zu agitieren. Dem tritt der Verband mit aller Entschiedenheit entgegen. Er fordert von den Kreisvorständen und von den Vereinen, daß sie für die Durchführung der Grundsätze des Verbandes, insbesondere des sozialen Programms des Gesamtverbandes — beschloffen am 24. Oktober in Kassel — Sorge tragen und daß sie keine Mitglieder in den Vereinen dulden, welche jenen Weisungen folgen und gegen unsere Grundsätze agitieren. Im übrigen erklärt der Verband, daß er an seiner Stellung zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung festhält und für das freie Koalitionsrecht seiner Mitglieder eintritt.“

Nachdem noch verschiedene andere Angelegenheiten besprochen worden, wurde der gesamte Vorstand durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Außerdem wurde noch eine Entschlieung zugunsten einer kräftigen Unterstützung der evangelisch-sozialen Schule in Bethel angenommen und darauf der Verbandstag geschlossen.

Aus Industrie und Wirtschaftsleben.

Konjunktur und Arbeitsmarkt im Juni.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage unterscheidet sich im Juni nicht wesentlich von der im Mai. Die Ursachen, die dort einwirkten, blieben auch im Juni unverändert bestehen: Die Unsicherheit der internationalen Lage und die Spannung auf dem Geldmarkt. Man hat mit Recht gesagt, daß einem erneuten, industriellen und allgemein wirtschaftlichen Aufschwung die Sicherung des internationalen Friedens und eine Erleichterung des Geldmarktes vorausgehen müßte. Für die Textilindustrie insbesondere waren diese beiden Voraussetzungen mehr als für jede andere gegeben. Sie leidet und litt am meisten unter dem Balkankrieg, der die Ausfuhr von Textilzeugnissen nach den Balkanländern fast vollständig stoppte. Aber noch in anderer Hinsicht machte sich der Krieg sehr unangenehm bemerkbar. Auch Desterreichs Ausfuhr nach den kriegführenden Ländern wurde unterbunden, seine Textil- insbesondere Baumwollindustrie in eine recht schwierige Lage gebracht. Man weiß, daß gerade die österreichische Baumwollindustrie schon seit Jahren an den Folgen einer sinnlosen Spindel- und damit Produktionsvermehrung schwer darniederliegt. Der Ausfall der Ausfuhr nach den Balkanländern mußte sie daher besonders hart treffen. Um einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen, wurde der Export nach den andern Nachbarländern, insbesondere Deutschland, verstärkt. Da das Angebot hier zu niedrigen Preisen erfolgt, war die Wirkung für die heimische Industrie außerordentlich schädlich. — Der

Geldmarkt

hatte auch im Juni sein altes, wenig versprechendes Aussehen. Der offizielle Diskontsatz der Reichsbank blieb nach wie vor 6%; dieser hohe Satz bedeutet für das Wirtschaftsleben teuren Kredit, und teurer Kredit ist im Zeitalter der Kreditwirtschaft die Unterbindung jeder lebhaften wirtschaftlichen Tätigkeit. Die Banken wissen sich die Versteifung des Geldmarktes wohl zu Nutzen zu machen — sie verlangen in Anlehnung an den Diskontsatz der Reichsbank cr. 7% für hergestellenes Geld. Der Privatdiskont, das ist der Diskontsatz, der von privaten Geldinstituten verlangt wird, hielt sich wohl immer unter dem offiziellen, der Unterchied war aber nicht sehr groß. Um das hier vorweg anzuführen: Der Juli hat auf dem Geldmarkt eine sehr bedeutende Erleichterung gebracht. Zwar der offizielle Diskontsatz der Reichsbank blieb auf der alten Höhe — und wird wohl noch einige Zeit auf ihr bleiben, obgleich vielfach die Hoffnung auf eine baldige Ermäßigung laut wird, aber der Privatdiskont ging zurück. Das kam daher, weil Geld in reichlichem Maße zur Verfügung stand. Galt diese Erleichterung auf dem Geldmarkt an, ist die Hoffnung auf einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung begründet. Welche Bedeutung die Flüssigkeit des Geldmarktes gerade für die Textilindustrie hat, geht aus folgendem sehr deutlich hervor: Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß die Industrie nicht mit übermäßigen Ansprüchen im letzten Quartal an den Geldmarkt herangetreten ist. Wenn trotzdem so hohe Anforderungen gestellt wurden, geschah

das von den Stadtverwaltungen, auch das Reich und die einzelnen Bundesstaaten zogen beträchtliche Summen im Anleiherweg an sich; zudem war vom Ausland noch ein sehr starker Andrang, der gerade unter den diesjährigen Verhältnissen sehr ungünstig wirken mußte. Die Frankf. Zeitung veröffentlicht vierteljährlich eine bekannte Statistik über die Gelbsummen, die für Kapitalerhöhungen und Neugründungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (der Textilindustrie) aufgewendet wurden. Daß sich die Statistik nur auf die genannten Unternehmungen erstreckt, ist verständlich, da über den Kapitalbedarf privater Betriebe eine Kontrolle nicht ausgeübt werden kann. Im 2. Quartal 1913 wurden für Neugründungen 7,650 Mill. M. beantragt gegen 2,601 Mill. im 1. Quartal und 10,209 Mill. im 2. Quartal 1912. Die Summe für Kapitalerhöhungen betrug im 2. Vierteljahr d. J. 6,764 Mill. gegen 4,286 Mill. im 1. Quartal und 1,986 im 2. des Jahres 1912. Der Gesamtbedarf der Textilindustrie betrug also 14,414 Mill. Mark und übertrifft damit den Bedarf vom letzten Quartal um 7,527 Mill. und um annähernd 2 Mill. den vom 2. Quartal 1912. Wir haben also einen ganz beträchtlichen Zuwachs zu verzeichnen — eine Erscheinung, die auch bei anderen Industrien beobachtet werden kann. Diese Tatsache spricht eigentlich von einer erneuten Zubericht, die man für die weitere Entwicklung unseres Wirtschaftslebens hegte — denn ohne diese wären die Aufwendungen nicht zu verstehen.

Der oben aufgestellten Behauptung entspricht die Tatsache, daß sich der

Arbeitsmarkt in der Textilindustrie nicht wesentlich geändert

hat. Angebot und Nachfrage im Vergleich zum Vormonat ist fast gleich geblieben. Das gilt sowohl für den männlichen wie auch dem weiblichen Arbeitsmarkt. Für beide gilt aber auch — und das ist keine erfreuliche Tatsache, daß gegen den Juni des Vorjahres eine sehr starke Verschlechterung eingetreten ist. Beim männlichen Arbeitsmarkt ist das ohne weiteres verständlich, nicht so beim weiblichen, bei dem Angebot und Nachfrage zu Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs eher günstiger ist als zur Zeit einer Hochkonjunktur, da sich erfahrungsgemäß die Nachfrage nach den billigeren weiblichen Arbeitskräften mit dem Niedergang der Konjunktur verstärkt. Es kamen auf 100 offene Stellen Arbeitsgesuche im:

Table with 12 columns (Januar 1913, Februar 1913, März 1913, April 1913, Mai 1913, Juni 1913) and 2 rows (männl., weibl.).

Während im Juni 1912 auf 100 offene Stellen nur 105 männliche Arbeitsgesuche kamen, waren es 1913 129; das Angebot hat sich also bedeutend vermehrt, desgleichen auch bei den weiblichen Arbeitskräften, deren Andrang von 103 auf 118 stieg. Gegen den Mai hat der Juni auf dem männlichen und weiblichen Arbeitsmarkt kaum eine Veränderung gebracht.

Insgesamt gingen bei 778 (im Mai 755) Arbeitsnachweisen ein im:

Table with 5 columns (Geschlecht, männlich, weiblich) and 3 rows (Arbeitsgesuche, Offene Stellen, Vermittelte).

Bei den männlichen Arbeitern ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ziemlich gleich geblieben, und auch bei den weiblichen haben sich keine wesentlichen Verschiebungen ergeben. Bei den ersteren zeigt der Juni insofern ein freundlicheres Bild, als die Anzahl der vermittelten Stellen größer ist wie im Mai, während bei den Frauen gerade die gegensätzliche Entwicklung eingetreten ist.

Der Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit

weist im Juni für männliche und weibliche Arbeiter kaum eine Veränderung auf. Sehr ungünstig läßt sich der Vergleich mit den Zahlen des entsprechenden Monats im Vorjahre an, soweit wenigstens der männliche Arbeitsmarkt in Betracht kommt. Der weibliche steht genau gleich wie im Juni 1912. Es kommen auf 100 offene Stellen Arbeitsgesuche im:

Table with 12 columns (Januar 1912, Februar 1912, März 1912, April 1912, Mai 1912, Juni 1912) and 2 rows (männl., weibl.).

In den einzelnen Industrien sind zumeist keine größeren Veränderungen eingetreten. In der Metallindustrie hat sich nur der Markt für weibliche Arbeiter erheblich verschlechtert; in der Leder- und Papierindustrie ist allerdings eine ziemlich starke Abschwächung zu verzeichnen, während sich die Verhältnisse im Baugewerbe etwas gebessert haben. Bei der schon oben angegebenen Anzahl von Arbeitsnachweisen sind eingelaufen im:

Table with 5 columns (Geschlecht, männlich, weiblich) and 3 rows (Arbeitsgesuche, Offene Stellen, Vermittlungen).

Aus diesen Zahlen ist nochmals klar ersichtlich, daß der Juni eine erhebliche Verschlechterung gegen den Mai nicht gebracht hat. Die Nachfrage weist zwar eine kleine Abschwächung auf, die sich in einer Verminderung der offenen Stellen und auch der Vermittlung kundgibt. Auch der weibliche Arbeitsmarkt weist deutlich einen kleinen Rückgang auf.

Deutsche Textilwaren deutsch bezeichnen!

Die Handelskammer zu Bielefeld versendet das folgende Rundschreiben:

Während in Frankreich eine eifrige Propaganda eingesetzt hat, um deutschen Waren dort den Absatz zu erschweren, während in England fremde Waren den Stempel „Not british“ tragen müssen, können wir Deutschen die Fremdstämmelei noch immer nicht abstreifen. Es hat für die Deutschen einen gewissen Reiz, eine Krawatte mit der Bezeichnung „His Majesty“, einen Fragen „Cumberland“, einen Hut „New London Style“ zu tragen. Seider wird von den Detaillisten und Fabrikanten dieser verwerflichen Sucht zu viel Rechnung getragen, und so findet man denn echt deutsche Wäster mit Bezeichnungen „English Fashion“, „Tiger Make“, „Best Tailor Made“, deutsche Krawattenschleifer mit Bezeichnungen wie „Persians“, „for every Gentleman“, „Cheboard Cravat“, „the last Fashion“, eine Schlafanzug-Ankündigung mit „Slepp with the double WW Pyjama“, Damenpaletots mit „Fashionable Tailor made Dress“, „Ladies overwear Manufacturers“.

Es ist eine Schmach, daß wir unsere gute deutsche Ware durch englische Namen erst zugkräftig machen müssen, während man im Auslande unsere Erzeugnisse meidet, nur weil sie deutschen Ursprungs sind. Hat man wohl jemals in England oder Frankreich ein englisches oder französisches Fabrikat mit deutscher Bezeichnung in einer Schaufensterauslage gesehen? — Jeder Ausländer würde sich gewiß Kopf-schüttelnd von solch einer Geschmacklosigkeit abwenden. Bei uns wird aber gar nicht darüber nachgedacht, welche Torheit wir begehen; uns scheint der nationale Stolz noch zu fehlen, der unseren Nachbarn solche Dummheiten von selbst verbietet. Wir fühlen uns im „Boarding house Hotel“, im neuen „Picadilly“ in Berlin wohl, wir lieben Ausdrücke wie „Nouveau“, „Genre“, eine nie wiederkehrende „Occasion“, obwohl wir gleich gute deutsche Worte dafür zur Verfügung haben.

Erfreulicherweise gibt es schon viele deutsche Herren, welche beim Einkauf deutsche Waren verlangen und z. B. deutsche Krawatten mit englischen Bezeichnungen, wie „The last Fashion“, „Regence“, „For every Gentleman“ usw., sich weigern zu kaufen. Soll hier eine durchgreifende Aenderung eintreten, so liegt es an uns Kaufleuten, sie herbeizuführen. Einmütig ist von den Fabrikanten zu verlangen, deutsche Waren mit deutschen Bezeichnungen in den Handel zu bringen; dies ist ausdrücklich bei den Bestellungen auszubedingen und alles andere streng zurückzuweisen. Die Fabrikanten werden mit Freuden auf diesen Wunsch eingehen, wie von verschiedenen Seiten auch schon versichert ist. Wird es doch dazu dienen, den Wert deutscher Waren zu heben und das Nationalbewußtsein zu stärken. — Wir wissen, was wir vom Auslande zu erwarten haben, möge die Vereinerung für ganz Deutschland bahnbrechend sein, indem sie diesen Antrag annimmt!

Deutsche Namen für deutsche Waren! Das soll unsere Antwort auf das „Not british“ sein, mit dem England jetzt die unliebsame Konkurrenz der Ausländer fernhalten will, und einer Herabsetzung deutscher Waren muß es gleich sein, sie mit ausländischen Namen in den Verkauf zu bringen. Das haben wir in der Hand, um das zu beschließen, ist der Zweck dieses Antrages.

Auch die Hilfe der Presse und der kaufmännischen Verbände muß für diesen Gedanken in Anspruch genommen werden. Erstere muß in häufig wiederkehrenden Aufsätzen auf die Verantwortlichkeit der Fremdstämmelei hinweisen; die kaufmännischen Organisationen aber, sowohl die der Detaillisten als die der Fabrikanten, müssen ihre Mitglieder immer wieder ermahnen, deutschen Waren deutsche Namen zu geben. Dann wird die Zeit wohl nicht mehr fern sein, in welcher ein Deutscher sich schämen wird, deutschen Waren fremdländische Namen zu geben, die Käufer aber werden sich weigern, mit ausländischen Namen ausgeschmückte deutsche Ware in Gebrauch zu nehmen.

Die Textilindustrie in Japan.

Die japanische Textilindustrie macht unserer deutschen nicht nur auf den ausländischen, sondern in den letzten Jahren sogar auf den heimischen Märkten eine empfindliche Konkurrenz. Es ist darum auch für die Textilarbeiter nicht uninteressant und durchaus wissenschaftlich wert, wie und unter welchen Bedingungen sich in Japan die Textilindustrie hält und entwickelt.

Von den für diese Industrie notwendigen wichtigen Rohstoffen, Baumwolle, Schafwolle und Seide, wird nur die letztere in großen Mengen in Japan selbst erzeugt, dagegen muß, fast bis zum vollen Bedarf, die Baumwolle aus Amerika und Indien und die Schafwolle aus Australien importiert werden, was übrigens auch bei den meisten anderen größeren Industrieländern der Fall ist. Von der Schwierigkeit der Beschaffung der Rohmaterialien abgesehen, bestehen im übrigen in Japan für die Entwicklung der Textilindustrie ganz günstige Verhältnisse.

Infolge der dichten, ziemlich gleichmäßig in den für die Industrie geeigneten Gebieten verteilten Bevölkerung stehen Arbeitskräfte überall leicht und billig zur Verfügung.

An hydraulischer Kraft ist in Japan kein Mangel, man geht dort eben daran, über die Nutzbarmachung der Wasserkraft für industrielle Zwecke Erhebungen zu pflegen, indem man an jedem der 550 geeignet scheinenden Wasserläufe Untersuchungsstationen errichtet hat.

Für eine umfangreichere Entwicklung der Großindustrie sind ausreichende Kohlenlager vorhanden, zu deren rationeller Ausbeutung jedoch zunächst einschneidende Verbesserungen im Bergwerksbetrieb und im Kommunikationswesen zu Lande geschaffen werden müssen.

Was den Absatz der Erzeugnisse der japanischen Textilindustrie anbelangt, so kommt hierbei in erster Reihe die sehr kaufkräftige Bevölkerung im eigenen Lande in Betracht.

Aber auch für den Export der japanischen Textilerzeugnisse liegen die Verhältnisse recht günstig, da derselbe nach China, der Mandchurei, Sibirien, Australien und den Südpazifikländern leichterem Weg findet, als jener anderer Konkurrenzländer.

Insbesondere dürfte Japan auf dem größten Markt der Welt, in China, vor allen anderen Nationen den weitesten Vorrang haben.

Durch die im Zuge befindliche Revision des japanischen Zolltarifes sollen namentlich folgende Branchen der Textilbranche mehr als bisher geschützt und gefördert werden, und zwar:

Die Erzeugung von Stoffen für die Militärbekleidung, welche bereits einen großen Umfang angenommen hat und noch weiterhin sehr entwicklungsfähig ist.

Die besseren Qualitäten von Baumwollstoffen, Kaliko, Satin, italienische Tuche und Biz, welche gegenwärtig in großen Mengen in Japan importiert werden, sollen in Zukunft zum Schutze der heimischen Industrie mit hohen Zöllen belegt werden.

Bei der großen Bedeutung, welche die Seidenindustrie in Japan hat, wird darauf Bedacht genommen werden, einerseits die Einfuhr von Rohseide, andererseits die Fabrikation besserer Qualitäten Seidengarn und Seidenstoffe zu steigern und auf eine höhere Stufe zu heben.

Für Schafwollwaren ist der allgemeine Wertzoll des neuen Zolltarifes von 25% für englische Provenienzen auf 18% erniedrigt worden, welcher Satz aber noch immer höher ist als der früher bestandene; die japanischen Wollwarenfabrikanten hoffen, aus dieser Zoll-erhöhung entsprechenden Nutzen zu ziehen.

Von Hanfgeweben wurden in Japan bis jetzt nur die gewöhnlichen Sorten erzeugt, feinere Gewebe dagegen aus dem Auslande importiert; mit dem neuen Zolltarif soll dieser Einfuhr ein Ende gemacht, an ihre Stelle soll die einheimische Produktion gesetzt werden.

Aus vorstehendem ist zu entnehmen, daß Japan auf dem besten Wege ist, in der Textilbranche durch Anstrengungen in den Industriekreisen selbst und durch Regier-ungsmaßnahmen sich nicht nur bei der Deckung des heimischen Bedarfes vom Auslande vollkommen unabhängig zu machen, sondern auch den Export nach China, der Mandchurei, Sibirien, Australien und den Südpazifik-Inseln so viel als möglich zu forcieren.

Wollschneidemaschinen.

In Neuseeland, Australien und Argentinien werden gegenwärtig an 80 Millionen „crossbred“-Schafe gehalten, deren Wolle sehr weich im Faden ist und sich sehr gut verarbeiten läßt. Nur sind die Fäden für die Wollkämme und überhaupt die gegenwärtig im Gebrauch befindlichen Maschinen der Wollfabrikanten zu lang. In Leeds ist daher von der Firma Smith und Hall eine Maschine konstruiert worden, die diese Wolle auf die Länge der Merinowolle zurückschneiden soll und zwar ohne Material zu verschwenden. Diese Maschine hat ein laufendes Bandmesser, das automatisch geschärft wird. Die Wolle gelangt nun durch zwei Rollen hindurch vor das Bandmesser, wird hier geschnitten und durch ein zweites Rollenpaar abgeliefert. Der Wärter der Maschine kann die Zufuhr der Wolle vor das Bandmesser je nach Fadenlänge des vorliegenden Materials regulieren. Damit die Wolle immer glatt durch die Maschine geht, ist es nötig, sie vorher in einer Fegchel oberflächlich auszu-ziehen oder durch eine Krempelmaschine gehen zu lassen. Jede Nummer der roh ausgezogenen Wolle, von 1 bis 30, kann jetzt gleichzeitig in die Maschine geliefert werden. Die Maschine nimmt einen quadratischen Raum von 3x3 m ein und bedarf nur geringer Unterhaltungs-kosten. Sie liefert pro Tag 450 bis 681 kg geschnittener Wolle, der Tag zu zehn Arbeitsstunden gerechnet. Aus der mit dieser Maschine geschnittenen Wolle sind Halb-tuche, Anzugstoffe, genoppte und melierte Liederstoffe zu großer Zufriedenheit der Fabrikanten hergestellt worden. (Aus: The Textile Recorder.)

Baumwollkultur in Kamerun.

In einzelnen Strichen des Schutzgebietes Kamerun ist, wie im „Reichsanzeiger“ berichtet wird, die Baum-wolle von jeher heimisch und hat sich nicht nur verwildert, sondern auch von Eingeborenen angebaut gefunden. Bisher sei kaum etwas gesehen, um diese Reime einer Kultur zum Wachsen zu bringen. Wesentliche Vorteile würden alle Baumwollbestrebungen durch die Manenguba-bahn haben, besonders wenn sie bis in das Hochland von Banjo und Bamum fortgeführt werden könnte. Das Gouvernement hat neuerdings, wie das Amtsblatt mit-teilt, zwei höhere landwirtschaftliche Beamte bestimmt, die zunächst die in Frage kommenden Landschaften hinsichtlich ihrer Anbaufähigkeit untersuchen sollen. Auch auf privater Seite sei das Interesse für die Baumwoll-kultur erwacht. Um ein einheitliches Erzeugnis zu er-zielen, ist neuerdings von Seiten des Gouvernements eine Verordnung ergangen, die die Einfuhr von Baum-wollsaat einer besonderen Kontrolle des Gouvernements unterwirft und zwar wurde u. a. folgendes bestimmt:

Baumwollsaat darf nur mit Erlaubnis des Gouvernements in das Schutzgebiet eingeführt werden. Die Erlaubnis wird erteilt, nachdem durch Untersuchung festgestellt ist, daß die Baumwollsaat gemeindefähliche tierische oder pflanzliche Schädlinge nicht enthält. Baumwollsaat, die solche Schädlinge enthält, ist zu vernichten. Ein Anspruch auf Schadenersatz gegen den Landesfiskus wird hierdurch nicht begründet. Jeder Baumwollpflanzler hat, auch wenn das Auftreten von Schädlingen in seiner Pflanzung nicht nachgewiesen ist, die abgeerntete Baumwollstaude alsbald nach der Ernte mit den

Wurzeln auszuheben und durch Feuer zu vernichten. B. mehrjähriger Kultur sind die abgeschnittenen Zweige alsbald nach der Ernte zu verbrennen. Baumwollsaat darf o. Eingeborene für ihre Pflanzzwecke nur von der zuständigen örtlichen Verwaltungsbehörde oder auf Grund besonderer Erlaubnis des Gouverneurs abgegeben werden. Für die Einfuhr von Baumwollsaat ist nur der Hafen von Victoria freigegeben.

Da auch an anderen Stellen von den verschiedensten Kolonialmächten solche Beschränkungen eingerichtet worden sind, werde man die Verordnung auch im vorliegenden Falle für richtig halten müssen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Lobberich.

Ein erfolgreicher Streik. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Samtshererei und Appreturanstalt der Firma Moys Kochen wurden am 26. Mai durch ihren Ausschuß vorstellig, um eine Erhöhung der bisherigen Löhne, Regelung der Lohnzahlung nach Altersklassen zu erzielen. Auf die Durchführung der letzten Forderung legten die Arbeiter besonderen Wert. Bisher wurden die Löhne nach eigenem Ermessen der Firma für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin ganz nach Willkür festgesetzt.

Eine Regelung des Lohnes nach Altersklassen lehnte die Firma ab, wohl erklärte sie sich bereit, für einen Teil der Belegschaft auf die bis jetzt gezahlten Löhne eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Die Arbeiterschaft erklärte sich mit diesen Zugeständnissen nicht zufrieden und reichte am 5. Juli mit Genehmigung unseres Zentralvorstandes die Kündigung ein. Ein am letzten Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist (19. Juli) von den Ausschussmitgliedern der Firmagemachter Vermittlungsvorschlag, nach welchem die Arbeiter bereit waren, von ihren gestellten Forderungen etwas herunterzugeben, wurde von dieser abgelehnt. Auch lehnte die Firma Verhandlungen mit einem Vertreter unseres Verbandes ab. Diese Verhandlungen sollte auch eine Ermäßigung der Forderungen waren nach Ansicht der Firmazwecklos, weil eine genügende Anzahl Arbeiter als Ersatz schon angenommen sei. Die ganze Belegschaft (61), bis auf drei Unorganisierte, ist Mitglied unseres Verbandes. Da unter diesen Umständen eine Verständigung unmöglich war, traten die Arbeiter in den Streik.

Schon sofort nach Einreichung der Kündigung wurde von der Firma Kochen in hiesigen und Venlo'schen (Holland) Zeitungen inseriert, um neue Arbeiter heranzuziehen. In den ersten Tagen des Streiks traten auch einige Leute aus Venlo und Merik (Holland) in Arbeit. Den vereinten Bemühungen der Streikenden und unserer Verbandsleitung gelang es jedoch, diesen Leuten eines Besseren zu belehren und sie von der Firma Kochen wegzubringen.

In einer am 23. Juli von ca. 600-700 Arbeitern und Bürgern Lobberichs besuchten Versammlung wurde die Deffentlichkeit über den Streik aufgeklärt. Nachdem die Kollegen Müller-Krefeld und Stiel-Lobberich über die Ursachen und den Stand des Streiks referiert hatten, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Anwesenden das Borgehen der Arbeiter als berechtigt anerkannten und die Hoffnung ausdrückten, daß durch beiderseitiges Entgegenkommen der Friede bald wieder hergestellt werde. Durch den Druck der öffentlichen Meinung, aber noch mehr durch die Tatsache, daß Arbeitswillige schlecht zu bekommen und noch schlechter zu halten waren, sah die Firma sich veranlaßt, mit den Ausschussmitgliedern und einem Vertreter unseres Verbandes zu verhandeln. Am Samstag, den 26. Juli, kam nach einer Streikdauer von einer Woche folgende Einigung zustande:

Table with 2 columns: Lehrsinge (Lehrjahre) and corresponding amounts. Includes rows for 1. Jahre 7.-, 2. Jahre 9.-, 3. Jahre 12.-, Nach beendeter Lehrzeit: 1. Jahre 16.-, 2. Jahre 17.50, 3. Jahre 20.-, 4. Jahre 23.-, über 25 Jahre 24.-

Arbeiterinnen.

Table with 2 columns: Eintrittsalter (Eintrittsalter) and corresponding amounts. Includes rows for unter 16 Jahre: 1. Jahre 6.-, 2. Jahre 8.-, 3. Jahre 9.50, 4. Jahre 11.-, 5. Jahre 13.-, 6. Jahre 14.-, über 22 Jahre 14.50; über 16 Jahre: 1. Jahre 9.-, 2. Jahre 11.-, 3. Jahre 12.50, 4. Jahre 14.-, über 22 Jahre 14.50; über 19 Jahre: 1. Jahre 10.-, 2. Jahre 12.50, 3. Jahre 14.-, über 22 Jahre 14.50

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen werden wieder eingestellt.

Einige Arbeiter, die aus bestimmten Gründen noch nicht den vollen Tariflohn erhalten, sollen, wenn diese Gründe nicht mehr bestehen, den Tariflohn bekommen. Hierüber soll zwischen Ausschuß und Firma verhandelt werden.

Die materiellen Errungenschaften dieser sowie der in den letzten Jahren bei der Firma Kochen von unserem Verbande geführten Lohnbewegungen sind nicht unerheblich. Es sind

innerhalb der letzten drei Jahre die Höchsthöhe von 18 M. wöchentlich auf 24 M. gestiegen. Die im Jahre 1910 noch geltenden Löhne waren im Jahre 1899 durch eine Lohnbewegung erreicht worden. In der Zwischenzeit hatten sich die Arbeiter der Firma mit Ausnahme eines einzigen Kollegen um die Organisation nicht mehr gekümmert. Zweierlei ist aus dieser Bewegung zu lernen: Erstens, daß ohne Organisation keine Erfolge zu erzielen sind, und zweitens, daß auch ohne Genossen Bewegungen erfolgreich durchgeführt werden können.

Lobberich.

Eine nicht unbedeutende Lohnerhöhung haben die Arbeiter der Firma Durst u. Frey durch eine friedlich verlaufene Lohnbewegung erzielt.

Schon vor Einsetzen der Bewegung wurden die Löhne für sämtliche Arbeiter um 1 M. pro Woche erhöht. Die Lohnerhöhung beträgt für die über 24 Jahre alten Gesellen wöchentlich 2.25 M. pro Person. Bei den jüngeren Gesellen ist die Lohnerhöhung etwas geringer, bei den Hilfsarbeitern, welche länger wie drei Jahre in der Fabrik tätig waren, noch etwas höher.

Unverkennbar verdient es, daß der Inhaber dieser Firma bei Differenzen mit den Verbandsvertretern verhandelt.

Aus unseren Bezirken.

Christlich-nationaler Arbeitertag des Rhein-, Wehra- und Wiesentals.

Zu einer mächtvollen, imposanten Rundgebung für den christlich-nationalen Gedanken unter der Arbeiterschaft des Rhein-, Wehra- und Wiesentals, gestaltete sich der christlich-nationale Arbeitertag in Säckingen am Sonntag, den 3. August. Vom frühen Morgen an trafen in Extrazügen ganze Scharen von Arbeitern und Arbeiterinnen ein, um durch einen Massenbesuch vor aller Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie treu und unerschütterlich zur Fahne der christlichen Arbeiterschaft halten. Von den Ufern des Bodensees bis zur Rheinebene bei Basel, von den Höhen des Schwarzwaldes und vom Wehra- und Wehratal kamen sie, und als sich gegen 1/2 2 Uhr der Festzug in Bewegung setzte, an dem sich 51 Vereine mit über 3000 Teilnehmern beteiligten, mag mancher sich gesagt haben, um eine solche Sache steht es gut, die derartige Massen auf die Beine bringt.

Die Stadt Säckingen hatte sich in eine festliches Gewand geworfen; von vielen Häusern flatterten die Fahnen und in den Straßen, die der Festzug passierte, regnete es lustige Grüße. Die Arbeiterschaft wird diese Sympathie zu würdigen und zu schätzen wissen.

Auf dem Festplatz angekommen, eröffnete Gewerkschaftssekretär Kiefer mit herzlichen Worten der Begrüßung die Tagung. Sein Willkommen galt zunächst den Gästen. Erhörungen waren: Reichstagsabgeordneter Fr. Behrens-Essen und Dr. C. Sonnenschein-M. Glabbach als Referenten. Ferner der Bürgermeister der Stadt Säckingen und mehrere Stadträte, Freiherr v. Schönau-Oberschwörstadt, mehrere Bürgermeister der umliegenden Städte, Vertreter der Industrie u. a. m. Stürmisch begrüßt, nahm zunächst Herr Reichstagsabgeordneter Franz Behrens-Essen das Wort, der einleitend bemerkte, daß man jetzt schon von der Nordsee bis zu den Alpen von der deutschen christlich-nationalen Arbeiterbewegung spreche. Er umschrieb nun in großen Zügen die Ziele und Aufgabe der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung, auf welchem Boden sich die national und christlich gesinnten Arbeiter katholischer und evangelischer Konfessionen gefunden haben. Die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung fuße nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, sie will die Arbeiterschaft zu einem gleichgearteten Gliede des deutschen Volkes machen und nicht abseits stehen, sondern inmitten der Volksgruppen. Es sind ja jetzt zehn Jahre her seit dem ersten christlich-nationalen Gewerkschaftskongress in Frankfurt, und die Bewegung hatte sich seit dieser Zeit fester Fortschritte zu erfreuen. Sie hat auf wirtschaftlichem Gebiete große und wichtige Aufgaben zu erfüllen, während die Pflege der religiösen Ideen nicht Sache der Gewerkschaft sein könne, sie hat einzustehen für die Freiheit der Persönlichkeit und wolle auch keiner politischen Partei dienstbar sein, sondern lediglich der gewerkschaftlichen Sache dienen.

Die Wege zum Ziele sind hierbei vor allem, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung auf sozialem Gebiete Tüchtiges leistet und daß dort, wo die Verwaltung von öffentlich-rechtlichen Körperlichkeiten und Einrichtungen in unsere Hände gelegt ist, nur tüchtige Männer zu deren Leitung ausgesucht werden. Das ist eine der größten Aufgaben unserer Bewegung. Die Zeit muß kommen, wo Millionen in unseren Reihen stehen. Wenn wir an die Zukunft unserer Bewegung glauben, dann wird sie so stark werden, daß sie der Faktor im deutschen Volksleben wird, der den Arbeitern und Arbeiterinnen den Platz im deutschen Volke sichert, auf den sie Anspruch haben. Stark, mächtig, einflußreich muß unsere Bewegung werden. Dann wird sie ein mächtiger Fundamentstein, auf dem die Zukunft der deutschen Nation aufgebaut ist. Darum, christlich-nationale Arbeiter und Arbeiterinnen, auf zur frohen Arbeit, auf zum Sieg für die christlich-nationale Arbeiterbewegung! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der zweite Redner, Herr Dr. Sonnenschein (M. Glabbach), behandelte die Beziehungen der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu den geistigen Strömungen unseres Volkes und zu den Erziehungsaufgaben unserer Zeit. Er hob zunächst die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung für das geistige Leben und die Erziehung des Proletariats hervor. . . . Gewerkschaftsbewegung hebt den Blick, gibt Ruhe und Interesse an der Zeit und den Dingen, schafft ein neues Geschlecht. Freilich kann, wie alles andere, auch der Strom der Gewerkschaftsbewegung

unreine Wasser mit sich führen. Auch diese Quellen können vergiftet werden. Wir hoffen und glauben, daß die Wasser der christlichen Gewerkschaftsbewegung frei sind von diesem Gifte. Auf unseren Schiffen weht die königliche Fahne, in unseren Herzen schlägt alte deutsche Treue und hat alte christliche Sitte ihre Tempel aufgeschlagen. Unsere Seelen sind von der Größe des religiösen Gedankens ergriffen, und jeder von uns weiß, wie viel die Menschheit und wie entscheidendes sie denjenigen verbant, die das religiöse Leben bilden und halten. Wir lassen uns um des täglichen Brotes willen nicht unter die Fahne derjenigen sammeln, die des Schöpfers nicht gedenken, der die vollen Wehren über deutsche Gauen wogeln und der das reife Korn auf seinen Mühlen malen läßt. So wenig die christlichen Gewerkschaften als Wirtschaftsorganisationen die religiöse Propaganda als ihr Spezialgebiet betrachten, ebenso zuverlässig sind sie gegen die Flut des materialistischen Denkens und der atheistischen Bedrängnis. Ihre Achtung vor dem religiösen Leben des Einzelnen und der Konfession, der dieser angehört, bedeutet Schutz und Sicherung. Sind das Werte? Wer Deutschlands organische Weiterentwicklung aus dem Gedankengang seiner Geschichte will, wird nicht umhin können, das Werte zu nennen. In besonderer Weise betonte Redner schließlich, welchen Wert für die konfessionellen Arbeitervereine, für eine geblühene Charaktererziehung und für den Geist des christlichen Hauses die Gewerkschaftsbewegung habe und hat, zu ihr treu zu halten und für sie weiter zu arbeiten. (Stürmischer Beifall.)

Im Anschluß hieran begründete Gewerkschaftssekretär, Kollege Erising aus Karlsruhe eine längere Resolution, in der die Arbeiter des Wehra-, Rhein- und Wehrtales aufgefordert werden, sich mehr wie bisher den christlichen Gewerkschaften anzuschließen, weil nur diese in der Lage seien, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft erfolgreich zu vertreten. Die Entschließung fand einstimmige Annahme. In einer begeisterten Schlussanrede feierte Kämmerle-Lörrach in längeren Ausführungen unseren Kaiser als Friedensfürsten, der nunmehr seit 25 Jahren seines hohen, verantwortungsvollen Amtes walte. Jubelnd stimmten die Anwesenden in das vom Redner ausgebrachte Kaiserhoch ein. Folgendes Telegramm wurde an den Kaiser abgesandt:

„Dreitausend zu einer christlich-nationalen Rundgebung in Säckingen versammelte Arbeiter und Arbeiterinnen bringen Eurer Majestät zum 25. Regierungsjubiläum und zur hundertjährigen Wiederkehr der Befreiung Deutschlands von fremdem Joch ihre untertänigste Huldigung dar, mit dem Gelübnis unerschütterlicher Treue zu Thron und Reich.“

„Kiefer Erhard, Gewerkschaftssekretär, Säckingen.“

Darauf ist folgende Antwort eingegangen: „Seine Majestät der Kaiser und Königin lassen den dort versammelt gewesenen Arbeitern und Arbeiterinnen für den Ausdruck patriotischer Gesinnung bestens danken. Auf Allerhöchsten Befehl der Geh. Kabinettsrat i. V. von Strenpel, Geheimrer Oberregierungsrat.“

Ein Telegramm an den Großherzog von Baden mit folgendem Wortlaut:

„Die zum christlich-nationalen Arbeitertag in Säckingen versammelten dreitausend Arbeiter und Arbeiterinnen senden Eurer Königl. Hoheit ehrfurchtsvollen Gruß mit dem Gelübnis unwandelbarer Treue.“

„Seine königliche Hoheit der Großherzog danken den christlich-nationalen Arbeitern und Arbeiterinnen für Begrüßung und Huldigung. Seyb.“

Die so herrlich verlaufene Tagung wird wohl manchem wieder ein erneuter Ansporn sein, seine Arbeit in den Dienst unserer christlich-nationalen Arbeiterschaft zu stellen. Möge den begeisterten Worten nunmehr auch allenthalben die Tat folgen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Forst (L.). Trotz der schönen Sommerabende da die Natur verlockend auf die Menschen einwirkt, sich in Gottes freier Natur zu ergehen, hatten sich unsere Mitglieder zahlreich zu der am Dienstag, den 29. Juli, stattgefundenen Versammlung eingefunden. War doch auch die Tagesordnung eine so wichtige, daß auch der letzte hätte erscheinen sollen. Pünktlich eröffnete der Vorsitzende, Kollege Walzer, die Versammlung und hieß die Anwesenden herzlich willkommen. Besonders begrüßte er den Kollegen Melcher aus Greiz, der in unserer Mitte kein Unbekannter ist. Dann teilte er mit, daß wieder einer unserer alten wackeren Streiter zur großen Armee abberufen worden ist und forderte die Anwesenden auf, sich zum Andenken an den Verstorbenen von den Sigen zu erheben. Dann nahm Kollege Melcher das Wort zu seinem Vortrage: „Prinzipielle Kämpfe und Erfolge der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1912“. Redner verstand es, den Anwesenden die großen Schwierigkeiten vor Augen zu führen, welche speziell den christlichen Gewerkschaften im vergangenen Jahre entgegenstanden und hemmend auf ihre Entwicklung einwirkten. Doch nun, so schloß Redner seinen Vortrag, sind die Kämpfe und Schwierigkeiten überwunden, und der Weg ist frei zur weiteren Agitation und zu weiteren Erfolgen.

Nach einer kurzen Diskussion erhielt Kollege Fassbender das Wort zu seinem Vortrage: „Was sollen die Arbeiter aus dem wirtschaftlichen Niedergang lernen“. Der Redner führte den Anwesenden die Zeiten früherer Krisen vor Augen, von der die Arbeiterschaft weit schwerer getroffen wurde, als dies heute der Fall ist. In früheren Jahren stand die Arbeiterschaft den Verhältnissen vollständig machtlos und hilflos gegenüber. Dies kann man heute nicht mehr so ohne weiteres behaupten. Die organisierte Arbeiterschaft ist wenigstens in soweit geschützt, als ihnen der Verband zur Seite steht, der ihnen in Zeiten der Arbeitslosigkeit eine Unterstützung gewährt. Hoffentlich lernen die Unorganisierten aus diesen Vorkommnissen, indem sie sich dem christlich-nationalen Textilarbeiterverbande anschließen. In einer längeren Diskussion wurde darüber beraten, was getan werden könnte, um der Arbeiterschaft die Zeiten wirtschaftlichen Niederganges weniger fühlbar zu gestalten. Schließlich wurde beschlossen, den Kollegen

Fassbender zu beauftragen, folgendes Schreiben an den hiesigen Arbeitgeberverband zu richten:

An den Arbeitgeberverband der Textilindustrie Forst (Lautsch), 3. S. des Herrn Kommerzienrats Franz Wellis, Vorsitzender. Hier.

Im Auftrage der Ortsgruppe Forst des christlich-nationalen Textilarbeiterverbandes erlaubt sich der Unterzeichnete, dem hiesigen Arbeitgeberverband der Textilindustrie folgenden Wunsch der am 29. Juli im Lokale des Herrn Graßmann zahlreich versammelten Mitglieder zu unterbreiten.

Die Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur ist vorüber und hat einer Zeit der Arbeitslosigkeit Platz gemacht. Feierlichkeiten werden eingelegt und Arbeiterentlassungen vorgenommen, was die hiesige Arbeiterschaft umso schwerer trifft, als die Preise der Lebensmittel und Wohnungen ganz bedeutend gestiegen sind. Die Anwesenden sind der Ansicht, daß die Zeit wirtschaftlichen Niederganges für die Arbeiterschaft weniger fühlbar wäre, wenn der Vorstand des Arbeitgeberverbandes diejenigen seiner Mitglieder, bei denen der Geschäftsgang kein guter ist, veranlassen würde, die Arbeitszeit zu verringern, anstatt Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, eine ganze Anzahl der jetzt ohne Arbeit und daher ohne Einkommen befindlichen Arbeiter und Arbeiterinnen einzustellen, wodurch die Not im allgemeinen gelindert würde.

Einer wohlwollenden Prüfung und Berücksichtigung sowie einer gefälligen Beantwortung unserer Eingabe entgegensehend, zeichnet

hochachtungsvoll! Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter Ortsgruppe Forst.

Hierauf wurde die Versammlung geschlossen mit der Aufforderung, die richtige Lehre aus dem am heutigen Abend Gehörten zu ziehen. Alle ohne Ausnahme sollten Agitatoren für unsern Verband sein und danach streben, die Unorganisierten dem Zentralverband christlich-nationaler Textilarbeiter zuzuführen.

Langensteinbach. Eine öffentliche Versammlung, deren Besuch ein besserer hätte sein können, hielt unsere Ortsgruppe am 26. Juli ab. Herr Generalsekretär Schmidt aus Karlsruhe hatte den Vortrag übernommen. In lichtvollen Ausführungen verbreitete sich der Redner über die Wichtigkeit einer starken christlichen Gewerkschaftsbewegung gerade in der heutigen Zeit. Viele Erfolge für die Arbeiterschaft sind durch dieselben schon herausgeholt worden. Prinzip der christlichen Gewerkschaften sei, auf friedliche Art und Weise Befreiungen für die Arbeiterschaft zu erzielen. Der Kampf, in diesem Falle ein Streit, sei das letzte Mittel, welches angewendet werde, wenn alle friedlichen Verhandlungen fruchtlos geblieben seien.

Auch hier in unserem Altalte seien durch die Organisation schon Verbesserungen erzielt worden. Daß noch mancher, an sich berechtigter Wunsch bisher nicht berücksichtigt wurde, sei eine Erscheinung, die in der gesamten Arbeiterbewegung zutage trete. Immerhin stelle das bisher Erreungene eine Grundlage dar, auf der versucht werden müsse, zu weiteren Erfolgen zu gelangen. Vorbedingung sei aber, daß eine kräftige Organisation bestehe. Nur dann ist es dem Arbeiterstande möglich, den Weg zu weiteren künftigen Erfolgen offen zu halten.

Seßlingen-Brennet. Unsere Mitgliederversammlung vom 22. Juli war gut besucht. Nachdem Kollege Mopsbrucker den Rapportbericht vom zweiten Quartal verlesen hatte, gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten unserer verstorbenen Kollegin Frau Zimmermann. Kollege Kiefer hielt einen Vortrag über den Krefelder Färbereistreik. Man konnte hören, daß unsere Leute für solche Dummheiten, wie sie dort die Genossen gemacht haben, nicht zu haben sind. Nachdem noch über verschiedene Angelegenheiten gesprochen war, konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen mit dem Wunsche, daß die Arbeiter mehr wie bisher sich um die Gewerkschaft kümmern möchten, dann könnten auch die Mißstände beseitigt werden.

Reichenbach (i. B.). Die ideellen Werte der christlichen Gewerkschaftsbewegung behandelte in unserer Versammlung vom 19. August Kollege Melcher-Greiz. In kurzen Strichen die Entstehungsgeschichte der Lohnarbeiter und Gewerkschaftsbewegung kennzeichnend, behandelte Redner die materiellen, geistigen und sittlichen Werte unserer Bewegung. Die geistig-sittlichen Werte unserer Arbeit kamen nicht allein unserem Stand, sondern dem gesamten Volk zugute. Mit unserer Arbeit leisten wir eine Kulturaufgabe aller erster Ranges, obwohl unsere Bewegung vielfach verkannt und ihr im Bürgertum mancher Gegner entgegensteht. Die Sozialdemokratie ist nicht das, was sie zu sein vorgibt. Bei der Generalstreikdebatte liegen sich die Herrschaften wieder in den Haaren. Bei Verwirklichung ihrer Ideen sind sie uneinigter denn je. Darum wird unserer Bewegung die Zukunft gehören. Auch im „roten Sachsen“ haben wir eine Zukunft. Zur Ausbreitung unserer Ideen, zur Verwirklichung unserer Ideale muß aber jeder mithelfen. Nach dem Vortrage berichtete Kollege Rödel-Greiz über die Zugeständnisse der sächsisch-thüringischen Färbereikonventionen an die Färbler. Diese Zugeständnisse können nicht befriedigen. Auch die Reichenbacher Färbereiarbeiter sind nicht zufrieden. Man ist hier allgemein gespannt darauf, was wohl der „deutsche“ Verband machen wird, der doch immer so gern den „harten Mann“ mimt.

Säckingen. Als ein erfreuliches Zeichen gewerkschaftlicher Regsamkeit und gewerkschaftlichen Geistes kam der Besuch unserer Mitgliederversammlung vom 23. Juli angesehen werden. Die Versammlung fand unter der Leitung des Vorsitzenden Kollege Leo Ueden. Der Kassierer gab den Rechnungsbericht des zweiten Quartals, der von den Revisoren in schönster Ordnung gefunden wurde. Als neuer Kassierer wurde der Kollege Josef Gerspach einstimmig gewählt. Der Bezirksleiter, Kollege Kümmele, hielt hierauf einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912“. Die Versammlung stand diesmal wirklich auf der Höhe; schon der gute Besuch löste eine echt gewerkschaftliche Stimmung aus. Der fast ganz neu zusammengesezte Vorstand besteht aus tüchtigen und energischen Mitgliedern, die gerne ihre Aufgabe erfüllen und den Mitgliedern Vorbild sein wollen.

Spielberg. Als ein erfreuliches Zeichen unserer Versammlung vom 2. August ist der Besuch durch eine Anzahl Kolleginnen zu registrieren. Wir erwarten zu den ferneren Veranstaltungen, daß alle unsere Mitglieder, insbesondere unsere Kolleginnen zur Stelle sind. Im Besuch der Versammlungen kennzeichnet sich der, einer Ortsgruppe inwohnende gewerkschaftliche Geist. Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Kollegen Maier, erstattete der Kassierer Kollege Nagel den Rechnungsbildbericht des zweiten Quartals. Diefem schloß sich ein Situationsbericht über den Stand der Bewegung im Altalte an.

Eine nicht erfreuliche Erscheinung, die ihre Ursache in der am 26. Juli getätigten Gemeinderatswahl hat, möchten wir hier kurz erwähnen. Durch dieselben sind etwas Zwistigkeiten in die hiesige Kollegenschaft hineingetragen worden. Einige wollen aus diesem Grunde dem Verbands den Rücken kehren. Als Gewerkschafter kümmern uns die politischen Verhältnisse absolut nicht. Ueber dieselben hinaus müssen wir uns in gemeinsamer Arbeit im Interesse der Arbeiterchaft die Hände reichen. Denn nur Einigkeit auf der ganzen Linie ist Vorbedingung für unsere weitere gemeinsame Arbeit. Wir erwarten deshalb mit aller Bestimmtheit, daß diejenigen, die gesonnen waren, wegen dieser Verhältnisse auszutreten, nach wie vor dem Verbands treu bleiben, getreu dem Grundsatz, daß nur Einigkeit stark macht.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1912. Ein sehr wohlthätig wirkender Zweig der sozialen Fürsorge ist die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise, um so mehr, je komplizierter der Organismus des modernen Rechts geworden ist und je schwerer es für den einfachen Mann fällt, sich darin zurecht zu finden. Ueber den gegenwärtigen Stand dieses Zweiges sozialer Fürsorgetätigkeit unterrichtet in bester Weise eine vom Kaiserlichen statistischen Amte vorgenommene Erhebung, die soeben unter dem Kopftitel als Sonderbeilage zur Nummer 7 des „Reichsarbeitsblattes“ erschienen ist.

Wie in der Einleitung gesagt ist, sind in die Erhebung im allgemeinen nur die Rechtsauskunftsstellen einbezogen, die an alle Besucher oder an Minderbemittelte unentgeltlich oder nur gegen eine geringe Gebühr Rechtsauskunft erteilen. Weggelassen sind also die sich ebenfalls vielfach Volkshäusern, Rechts-Volkswirtschaftsstellen nennenden Büros der gewerbmäßigen Rechtskonsulenten. Aufgenommen sind aber alle Rechtsberatungseinrichtungen von Arbeitervereinigungen, obwohl sie vielfach nur an ihre Mitglieder Auskunft erteilen, sowie die der Arbeitgeber, bei denen sich die Auskunftserteilung auf die Arbeiter der betreffenden Betriebe erstreckt. Neu aufgenommen in diese vom Kaiserlichen Amt schon seit 1905 vorgenommenen Statistik sind die Rechtsauskunftsstellen der Verbände der Privatangestellten.

Im ganzen gab es für das Berichtsjahr 1912 im Deutschen Reich 916 Rechtsauskunftsstellen, die 1841364 Auskünfte erteilten und 468028 Schriftsätze anfertigten. 1911 gab es 872 Auskunftsstellen, die 1717892 Auskünfte erteilten und 439781 Schriftsätze anfertigten. Also eine immerhin sehr achtenswerte Zunahme! Es muß allerdings bemerkt werden, daß die Statistik der Auskünfte und wohl auch der Schriftsätze unvollkommen ist, da eine große Anzahl von mündlichen Auskünften gar nicht statistisch festgehalten worden sein dürfte.

Gemeindliche und staatliche Rechtsauskunftsstellen werden in der Statistik gezählt 119. Rechtsauskunftsstellen gemeinnütziger Vereinigungen 32, Rechtsauskunftsstellen für Frauen 93.

Die größte Bedeutung in der Praxis haben die Rechtsauskunftsstellen für die arbeitenden Stände. Obenan mit der Zahl der Rechtsauskunftsstellen steht die Sozialdemokratie. 119 Arbeiterssekretariate der freien Gewerkschaften erteilen Rechtsauskunft, daneben noch 211 Auskunftsstellen der Gewerkschaftsstellvertreter, also zusammen 330 Stellen. Die Christlich-Deutschen Gewerkschaften unterhalten 55 Rechtsauskunftsstellen, ebenso viele die christlichen Gewerkschaften. Die geringe Anzahl der Rechtsauskunftsstellen der christlichen Gewerkschaften kommt von der Arbeitsteilung, die zwischen ihnen und den konfessionellen Arbeitervereinen besteht. Auskunftsstellen evangelisch-sozialer Vereinigungen gibt es 23, katholisch-sozialer 122, die man ruhig zu den Auskunftsstellen der christlichen Gewerkschaften hinzuzählen darf, jedoch die christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands immerhin über zirka 200 Rechtsauskunftsstellen verfügt. Von Arbeitgebern werden Rechtsauskunftsstellen unterhalten 9, von politischen Vereinigungen 32, von den Verbänden der Privatangestellten 23, von ländlichen Genossenschaften 9. Nicht aufgezählt finde ich in der Statistik Rechtsauskunftsstellen von Staatsarbeiter und Staatsangestelltenverbänden, obwohl auch diese ihren Mitgliedern in immer weiterreichendem Maße Rechtsauskunft und Rechtsschutz erteilen.

Alles in allem ein recht erfreulicher Stand des Rechtsauskunftswezens. Es ist zu wünschen, daß es sich in der bisherigen Weise weiterentwickelt zum Segen des rechtsuchenden Publikums aus den minderbemittelten Volkskreisen.

Ueber 4 1/2 Millionen Arbeiter in Preußen 1912. Nach dem Jahresbericht 1912 der königlichen Regierungs- und Gewerbeämter und Bergbehörden betrug die Zahl der Arbeiter in 169606 Betrieben mit über 10 Arbeitern 3579771 gegen 3415556 im Jahre 1911. In diesen Zahlen sind jedoch die Arbeiter nicht einbezogen, die in den unter Aufsicht der Bergbehörden stehenden Bergwerken, Salinen und Aufbereitungsanlagen arbeiten, ihre Zahl beläuft sich auf 761489 (736021), und die Arbeiter in den Betrieben, für die besondere Vorschriften des Bundesrates gemäß § 120e R.-G.-O. erlassen sind, nämlich 173401 (171354). Alles in allem wurden 4514661 Arbeiter ermittelt. Von den zur ersten Gruppe gehörigen Arbeitern waren erwachsen, d. h. über 16 Jahre alt, männlich 2621613 (2504834), weiblich 680631 (650506), jugendlich von 14-16 Jahren 274378 (257295), Kinder unter 14 Jahren 3149 (2921).

Nach Aufsichtsbezirken geordnet ergibt sich hinsichtlich der Anzahl der Betriebe und der in ihnen beschäftigten Arbeiter folgende Uebersicht: An der Spitze steht der Regierungsbezirk Düsseldorf, der das niederheinische und bergische Industriegebiet mit den Städten

Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld-Barmen, Essen, Mülheim a. d. Ruhr, Remscheid, Solingen usw. umfaßt, mit 20819 Betrieben und 544521 Arbeitern. Es folgt Berlin mit 20495 Betrieben und 395137 Arbeitern. An dritter Stelle steht der Regierungsbezirk Arnberg, dem die westfälische Eisen-Großindustrie mit den Städten Bochum, Dortmund, Bielefeld, Hagen und dem Siegerland angehört, mit 11192 Betrieben und 275437 Arbeitern. Sodann Potsdam mit 7640 Betrieben und 215395 Arbeitern. In dem ober-schlesischen Industriegebiete mit den Bezirken Breslau und Oppeln sind in 7888 und 4528 Betrieben 159765 und 149313 Arbeiter beschäftigt. Der Regierungsbezirk Köln nimmt mit 138611 Arbeitern in 6087 Betrieben die siebente Stelle ein.

In den Hauptgewerbebezirken waren beschäftigt: 27833 (27195) in der Industrie der Maschinen, Werkzeuge, Instrumente und Apparate; 19743 (18769) in der Industrie der Steine und Erden; 18592 (15806) bei der Metallverarbeitung; 14317 (14329) in der Textilindustrie; 11699 (10842) in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel; 8711 (8803) im Bekleidungs-gewerbe; 6939 (6609) in der chemischen Industrie; 5106 (4870) im Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräbereien. Die Gesamtzahl der Arbeiterinnen über 16 Jahre betrug 20427 gegen 19748 im Jahre 1911. Ihr Zuwachs steht mit 3,4 Prozent hinter dem Ansteigen der gesamten Arbeiterzahl von 5,8 Prozent zurück. Bei weitem die meisten Arbeiter beschäftigt die Maschinenindustrie einschließlich der Betriebe für Herstellung elektrischer Akkumulatoren, nämlich 653352 bei 11318 Betrieben. Die Textilindustrie zählt 341111 Arbeiter bei 6179 Betrieben. Die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe umfaßt 244991 Arbeiter in 19023 Betrieben. Fast die gleiche Zahl Arbeiter, nämlich 243365, sind im Bekleidungs-gewerbe einschließlich den Werkstätten der Kleider- und Wäschekonfektion beschäftigt. Die Zahl der Arbeiter im Bergbau-, Hütten- und Salinenwesen, begreifend die Groß-Eisenindustrie, jedoch nicht die Betriebe, die unter den Bergbehörden stehen und, wie eingangs erwähnt, besonders berechnet sind, beläuft sich auf 264118. Die gesamte chemische Industrie beschäftigt 105585 Arbeiter. Auf die unter Aufsicht der Bergbehörden stehenden Betriebe verteilt sich die Zahl der Arbeiter auf die einzelnen Oberbergämter wie folgt: Dortmund und 372256, Breslau 170052, Bonn 125064, Halle 69808, Lausitz 24302. Von den zum Oberbergamt Bonn gehörigen Revieren finden sich die meisten Arbeiter im Saargebiet, nämlich 18240 in Ost-Saarbrücken, 17736 in Neunkirchen und 16971 in West-Saarbrücken. Die Zahl der Bergarbeiter im Kölner Bezirk, umfassend die Reviere Köln-Ost, Köln-West und Deuz-Künderoth, beläuft sich auf 11345.

Briefkasten.

Nach Cottbus. Wegen Stoffandranges wird der Artikel erst in nächster Nummer aufgenommen. Gruß!

Versammlungskalender.

- Barmen. 23. August, 8 1/2 Uhr, bei Mertin, Parlamentstr. 1.
- Brand. 24. August, 10 1/2 Uhr, bei Bongenberg.
- Sahlhausen (Wupper). 24. August, 2 Uhr, im Lokale Heinz Ringel.
- Elberfeld. 16. August, 8 1/2 Uhr, im Lokale Hertzenrath, Klobbahn.
- Gusfirchen. 17. August, 8 1/2 Uhr, bei Ww. Müsch, Tonhalle.
- M.-Gladbach-Blumenberg. 24. August, 11 Uhr, bei Wih. Relles, Luisenstraße.
- M.-Gladbach-Essen. 24. August, 3 Uhr, im Sozialen Hause, Marienkirchstraße, Arbeiterinnen-Versammlung.
- Greiz. 30. August, 1/29 Uhr, in Gräfers Lokal, hohe Gasse.
- Söben. 24. August, 5 Uhr, bei Prammer, Generalversammlung.
- Luckenwalde. 17. August, 4 Uhr, im Lokale Otto Münerich, Barthelstr. 30.
- Mülheim (Rhein). 20. August, 6 1/2 Uhr, im Lokale Böcker, Wallstr. 10.
- Neuwerk. 16. August, 9 Uhr, bei Anton Rommerskirchen.
- Odenkirchen. 17. August, 10 Uhr, im deutschen Saal.
- Schwelm. 17. August, 11 1/2 Uhr, außerordentliche Generalversammlung bei W. Biese, Bahnhofstr. 70 (Ausz. Redner).
- Soran (N.-L.). 19. August, 8 1/2 Uhr, im Evg. Vereinshaus.
- Vinckrath. 17. August, 11 Uhr, bei Wih. Hermann, Generalversammlung.

III. Agitationsbezirk Aachen.

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 14. September, vormittags 10 1/2 Uhr, im Aachener Gesellschaftshaus, Pontstraße 56, zu Aachen statt. Die Ortsgruppenvorstände werden ersucht, die Wahl der Delegierten nach § 40 des Verbandsstatuts vorzunehmen. Näheres wird noch durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß
Ewald Weber, Bezirksleiter.

VI. Agitationsbezirk (Münster).

Unsere diesjährige ordentliche Bezirkskonferenz findet am Sonntag, den 7. September in Münster statt. Die Ortsgruppen werden gebeten, die Wahl der Delegierten nach § 40 des Statuts vorzunehmen. Näheres wird den Ortsgruppen noch durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß
F. Camps, Bezirksleiter.

IX. Agitationsbezirk

Brandenburg-Sachsen-Thüringen.

Die diesjährigen Bezirkskonferenzen finden wie folgt statt: Für die Gauen Oberlausitz und Niederlausitz gemeinsam am 7. September in Görlitz. Für die Gauen Vogtland und Mittelsachsen am 14. September gemeinsam in Chemnitz.

Die Ortsgruppen werden hierdurch freundlichst ersucht, die Wahlen (§ 40 des Statuts) zu tätigen.

Alles nähere wird durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Mit kollegialem Gruß
Hermann Sparenberg, Bezirksleiter.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. August cr. ist in M.-Gladbach ein Bezirkskartell errichtet worden. Das Kartellbureau befindet sich Bismarckstr. 68.

Karl Kleinermanns, Kartellsekretär.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Eduard Kühl in Greifrath.
 - Peter Neiken in Bettrath.
 - Josef Flecksig in Coesfeld.
 - Wilhelm Wilms in Aachen-B.
 - Hermann Kärnig in Forst l. L.
 - Andr. Joh. Vink in Schiffbek.
 - Johann Josef in Delmenhorst.
 - Hedwig Gruske in Luckenwalde.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Das Landheer. (Staatsbürger-Bibliothek 4. Heft.) 2. Auflage (6. bis 11. Tausend). 8° (80) M.-Gladbach 1913, Volksvereins-Verlag GmbH, 40 Pfg., postfrei 45 Pfg.

Die vorliegende zweite Auflage der Schrift weist gegenüber der ersten insofern eine Aenderung auf, als hier von der Wiedergabe der formularartigen Bestimmungen betreffend den Militärdienst abgesehen worden ist und dem Titel mehr entsprechend die verfassungsrechtlichen Bestimmungen über das Landheer sowie dessen Organisation in den Vordergrund der Schilderung gerückt worden sind. Eine breitere Darstellung haben dabei die einzelnen Militärvorlagen der letzten vier Jahrzehnte erfahren, angefangen mit der ersten seit dem glorreichen Kriege 1870/71 — nämlich der vom Jahre 1874 — bis zur umfangreichsten, der vom Frühjahr 1913. Für die Verteidigung der letzteren gegenüber den landläufigen Einwendungen der Sozialdemokratie bietet das Kapitel: Die Stellung der Sozialdemokratie zum Militär schlagendes Material.

Die katholischen Arbeitervereine. Von Joseph Jooß. (Studenten-Bibliothek 12. Heft. Herausgegeben vom Sekretariat Sozialer Studentenarbeit.) 8° (54) M.-Gladbach 1913, Volksvereins-Verlag GmbH, 40 Pfg., postfrei 45 Pfg.

Das Buchlein wendet sich an die Schicht der Gebildeten und an die studierende Jugend. Es entwickelt und begründet die Organisation der katholischen Arbeitervereine aus dem Gedanken der Arbeiterstandesbewegung heraus. Kapitel 1 bringt Hinweise auf den Zusammenhang der Denkweise unserer neuzeitlichen Arbeiterschaft mit dem Charakter der Lohnarbeit und der Art moderner Industriearbeit. Kapitel 2 skizziert die Aufgaben, die das Problem der kulturellen Hebung dieser Arbeitermassen uns stellt und umschreibt in diesem Zusammenhang das Tätigkeitsprogramm der katholischen Arbeitervereine. Kapitel 3 orientiert über den derzeitigen Stand der Bewegung und führt uns in die praktische Arbeit der Vereine selbst ein. So erbringt das Schriftchen den Nachweis, daß die katholischen Arbeitervereine tatsächlich ein notwendiger Faktor in den Bestrebungen zur Schaffung einer Standeskultur der Lohnarbeiter sind. Der eingehende Literaturnachweis wird dem interessierten Leser besonders willkommen sein.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die kommenden sozialen Wahlen und ihre Bedeutung. — Nachträge zum Hochster Kampfe. — Die Massenstreik-Debatten in der Sozialdemokratie. — Die Maßnahmen gegen die Feuerung im Lichte der Gewerbeinspektionsberichte. — Fenilleton: Eine Knospe! — Wollfärberei — Allgemeine Rundschau: Arbeiterssekretär Emil Wintowski. — Unternehmertum und christliche Gewerkschaften. — Sonderbare Sozialpolitiker. — An der eigenen Nase halten. — Beteiligung der Jugendlichen an Unterrichtskursen. — Weg mit dem sozialdemokratischen Monopolvertrag. — Justiztritte ins Kreuz. — Sozialdemokratische Gewerkschaften und Massenstreik. — Genossen unter sich. — „Freie“ Gewerkschaftler als Streikbrecher. — Vertretertag des rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine in Mülheim a. d. Ruhr. — Und Industrie und Wirtschaftslieben: Konjunktur und Arbeitsmarkt im Juni. — Deutsche Textilwaren deutsch bezeichnen. — Die Textilindustrie in Japan. — Wollschneidemaschinen. — Baumwollkultur in Kamerun. — Und dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Lohberich. — Aus unseren Bezirken: Christlich-nationaler Arbeitertag des Rhein-, Wehra- und Westfals. — Berichte aus den Ortsgruppen: Forst. — Langensteinbach. — Dillingen-Brennet. — Nischenbach. — Sättigen. — Spielberg. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise im Jahre 1912. — Ueber 4 1/2 Millionen Arbeiter in Preußen 1912. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.